



Steiniger Weg aus der Krise

DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2025

 **Gemeinsam Wirtschaft Stärken**

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Inhalt

Wesentliche Ergebnisse	3
Aktuelle Geschäftslage der Unternehmen	4
Geschäftserwartungen der Unternehmen	8
Geschäftsrisiken der Unternehmen	12
Exporterwartungen der Industrieunternehmen	16
Investitionsabsichten der Unternehmen	19
Beschäftigungsabsichten der Unternehmen	23
DIHK-Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	26
Fragenbogen Herbst 2025	27
Methodik	28

Impressum

Deutsche Industrie- und Handelskammer

Breite Straße 29
D-10178 Berlin
Telefon +49 30 20308 0
E-Mail info@dihk.de

DIHK Online

[Homepage](#) | [Facebook](#) | [X \(Twitter\)](#) | [LinkedIn](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

Redaktion: Alena Kühlein, Lola Machleid, Thorben Petri, Iason Tsakiris, Dr. Jupp Zenzen

Grafik: Sebastian Titze, DIHK

Stand: November 2025

Wesentliche Ergebnisse

Prognose: Die DIHK rechnet in diesem Jahr nur mit einer Stagnation (0,0), im kommenden Jahr mit einer sehr leichten Aufwärtsbewegung und einem schwachen Wirtschaftswachstum von 0,7 Prozent.

- Im Herbst 2025 zeichnet sich keine Verbesserung der konjunkturellen Lage ab. Unverändert gegenüber dem Frühsommer bewerten lediglich 25 Prozent der Betriebe ihre aktuelle **Geschäftslage** als „gut“, während 25 Prozent von einer schlechten Lage sprechen. Der Lagesaldo verharrt damit bei null Punkten.
- Die **Geschäftserwartungen** der Unternehmen bleiben überwiegend trüb. Eine schwache Nachfrage und weiter bestehende strukturelle Probleme belasten die Unternehmen: Nur 15 Prozent rechnen in den kommenden zwölf Monaten mit besseren Geschäften (zuvor 16 Prozent), mehr als ein Viertel geht hingegen von einer Verschlechterung aus (27 Prozent nach zuvor 26 Prozent). Der Saldo der Geschäftserwartungen sinkt damit gegenüber dem Frühsommer leicht um zwei auf minus zwölf Punkte. Der Saldo liegt deutlich unter dem langjährigen Schnitt (drei Punkte), aber um sechs Punkte über dem Vorjahreswert (Saldo: minus 18).
- Die Unternehmen nennen als häufigstes **Geschäftsrisiko** die Inlandsnachfrage (57 Prozent), gefolgt von wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (56 Prozent) sowie Arbeitskosten (56 Prozent, Höchststand).
- Aufgrund der außenwirtschaftlichen Unsicherheiten und der gesunkenen Wettbewerbsfähigkeit bleiben die **Exporterwartungen** tief negativ: 29 Prozent der Unternehmen rechnen in den kommenden zwölf Monaten mit sinkenden Ausfuhren, nur 19 Prozent mit steigenden. Der Saldo der Exporterwartungen verharrt bei minus zehn Punkten.
- Die Unternehmen bleiben bei ihren **Investitionsabsichten** im Inland erneut sehr zurückhaltend. Während nur 22 Prozent der Betriebe mit erhöhten Budgets planen (zuvor 24 Prozent), werden wie im Frühsommer 31 Prozent ihre Investitionen verringern. Der resultierende Saldo von minus neun Punkten bedeutet eine leichte Verschlechterung gegenüber dem Frühsommer (Saldo: minus sieben Punkte) und nur eine geringfügige Verbesserung zum Vorjahr (Saldo minus zehn Punkte).
- Die andauernde wirtschaftliche Schwächephase schlägt auf die **Beschäftigungspläne** der Unternehmen durch. Elf Prozent planen ihren Personalbestand auszuweiten (zuvor 13 Prozent), während 24 Prozent von einem Rückgang ausgehen (zuvor 22 Prozent). Der Saldo liegt mit minus 13 Punkten auf dem tiefsten Stand seit der Corona-Pandemie.

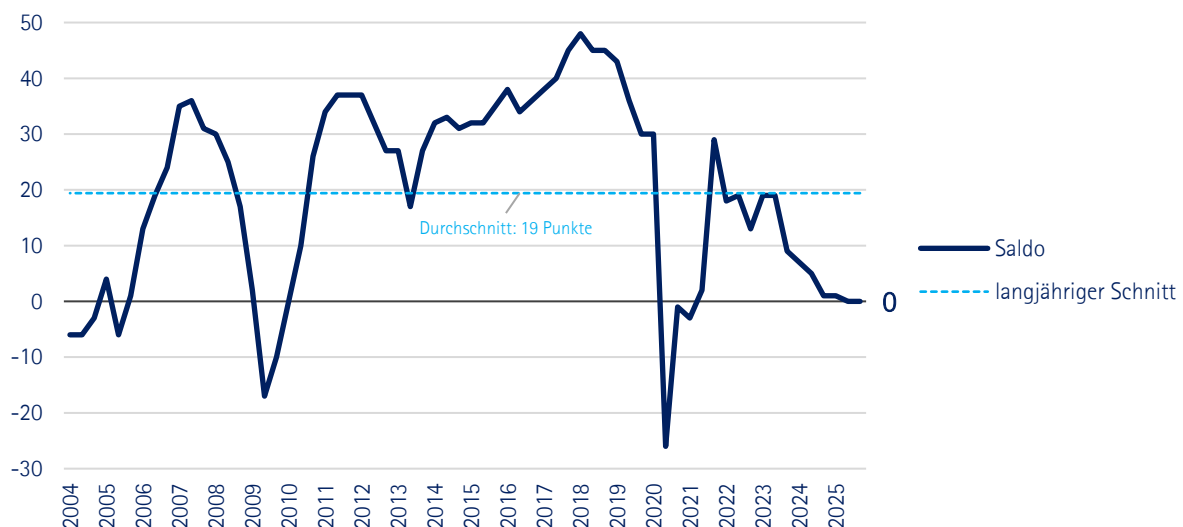
Aktuelle Geschäftslage der Unternehmen

Die Geschäftslage der deutschen Wirtschaft bleibt im Herbst 2025 angespannt. Seit mehr als einem Jahr verharrt die Lageeinschätzung auf einem niedrigen Niveau. Eine Erholung ist derzeit nicht erkennbar. Hohe Energie- und Arbeitskosten, langwierige Genehmigungsverfahren und die Vielzahl bürokratischer Vorgaben bremsen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auch weiterhin. Die Impulse der neuen Bundesregierung haben sich nicht in einer Verbesserung der Geschäftslage der Unternehmen niedergeschlagen. Außerdem bleibt die Nachfrage aus dem In- und Ausland verhalten. Zusätzlichen Druck erzeugen geopolitische Spannungen und Handelskonflikte.

Genau ein Viertel der Unternehmen bewertet seine Geschäftslage derzeit als gut (gleichbleibend ggü. Frühsommer), während ebenso viele von einer schlechten Lage sprechen (gleichbleibend ggü. Frühsommer). Der Lagesaldo liegt damit unverändert bei null Punkten – deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von plus 19 Punkten. Gegenüber dem Herbst 2024 ist der Saldo geringfügig um einen Punkt gesunken. Schlechter war die Lageeinschätzung zuletzt während der Corona-Pandemie (Saldo Jahresbeginn 2021: minus drei Punkte).

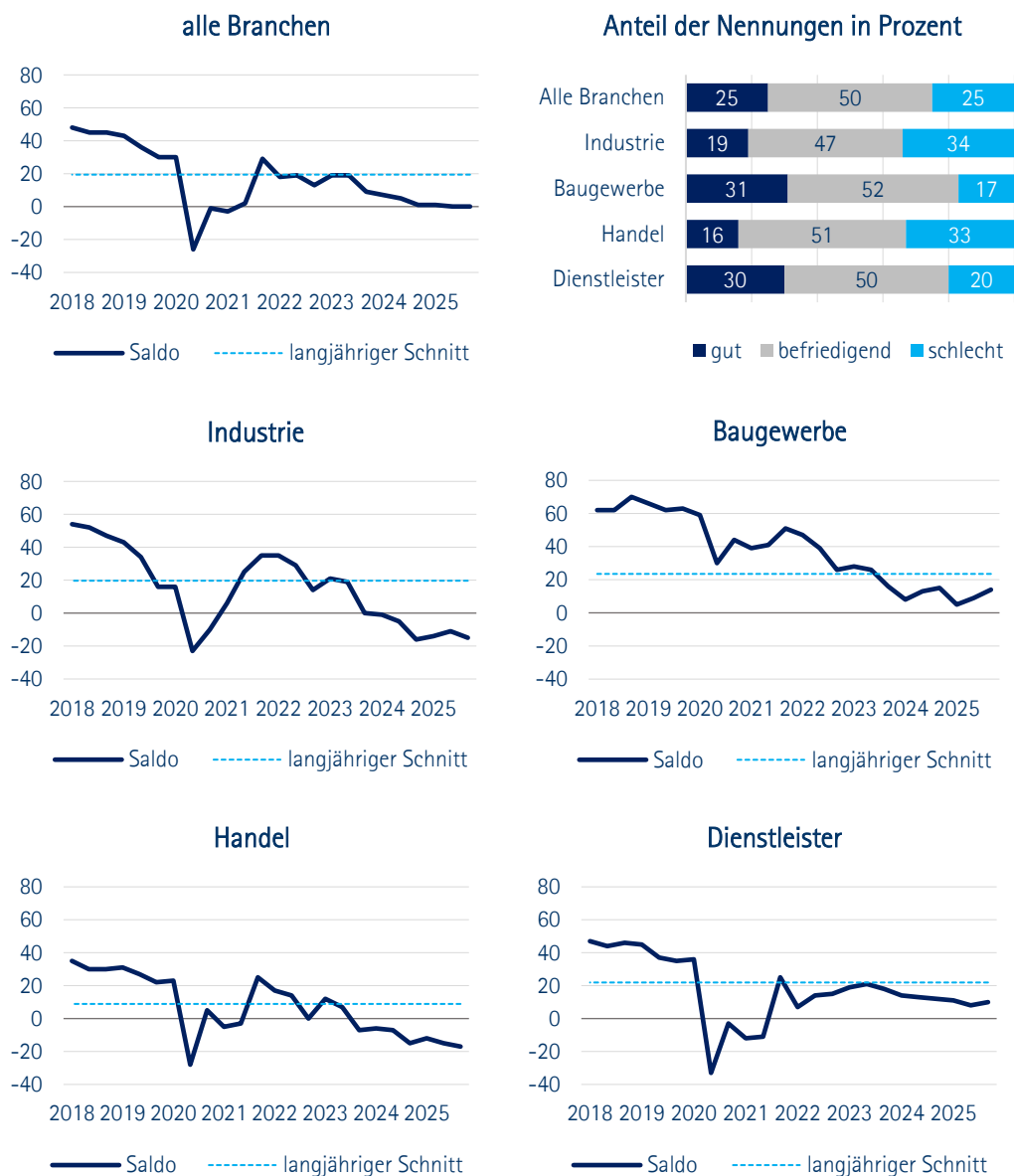
Die trübe Stimmung zieht sich durch alle Unternehmensgrößen: Sowohl bei den kleinen Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten als auch bei Unternehmen mit 20 bis 200 Beschäftigten liegt der Saldo bei minus einem Punkt (nach zuvor minus drei Punkten bzw. null Punkten). Auch die Großunternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten spüren die Belastungen immer deutlicher: Ihr aktueller Saldo ist von sieben auf vier Punkte gefallen, der niedrigste Wert seit dem Herbst 2020.

Geschäftslage der Unternehmen (Saldo aus gut minus schlecht-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Besonders schlecht ist die Lage in der **Industrie**. Der Wirtschaftszweig leidet weiterhin unter einer schwachen Nachfrage, hohen Kosten sowie den teils unzureichenden Standortbedingungen. Jedes dritte Industrieunternehmen schätzt seine Lage als schlecht ein (34 nach zuvor 31 Prozent), während lediglich 19 Prozent (nach zuvor 20 Prozent) von einer guten Lage sprechen. Der Saldo sinkt von minus elf auf minus 15 Punkte und liegt damit beachtliche 35 Punkte unter dem langjährigen Industrieschnitt. Die anhaltend schwachen Lagebewertungen quer durch die Industriebranchen – von den Grundstoffherstellern bis hin zu den Konsumgüterproduzenten – untermauern die Sorge vor einer zumindest schleichenden De-Industrialisierung in Deutschland.

Geschäftslage der Unternehmen (Saldo aus gut minus schlecht-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Bei den **Vorleistungsgüterproduzenten** hat sich die Geschäftslage gegenüber dem Frühsommer weiter eingetrübt. Nur noch 15 Prozent der Unternehmen bewerten ihre Lage als „gut“, während 40 Prozent sie als „schlecht“ einschätzen. Der Saldo sinkt von minus 21 auf minus 25 Punkte. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zeigt sich zwar eine leichte Verbesserung (minus 30 Punkte im Herbst 2024), ein nachhaltiger Aufwärtstrend ist jedoch nicht erkennbar. Die Industrieschwäche und damit einhergehend die geringe Nachfrage nach Vorleistungen sowie der zunehmende internationale Wettbewerbsdruck belasten die Unternehmen stark. Hinzu kommen die andauernd hohen Energiepreise, die deutlich über dem Niveau vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine liegen. Insgesamt bleibt die Lage für die energieintensiven Vorleistungsgüterproduzenten daher sehr angespannt. Besonders stark verschlechtert hat sich die Situation in der Chemischen Industrie: Der Saldo sinkt gegenüber der Vorumfrage von minus zehn auf minus 19 Punkte. Auch im Holzgewerbe (minus 18 nach minus zehn) und im Papiergewerbe (minus 44 nach minus 34) trübt sich die Lage weiter ein. Eine leichte Verbesserung zeigt sich hingegen in der Metallerzeugung und -bearbeitung. Der Saldo verbessert sich von minus 37 auf minus 31 Punkte – bleibt damit aber weiterhin tief im negativen Bereich.

Auch die Geschäftslage der **Investitionsgüterproduzenten** hat sich weiter verschlechtert. Der Saldo sinkt gegenüber dem Frühsommer von minus sechs auf minus elf Punkte – und bleibt damit deutlich unter dem langjährigen Durch-

schnitt von 26 Punkten. Die hohe Unsicherheit über die globale Wirtschafts- und Handelspolitik belastet diese sehr exportorientierte Branche spürbar. Im Kraftfahrzeugbau fällt die Lagebeurteilung besonders deutlich ab. Der Saldo hat sich auf minus 32 Punkte verschlechtert. Nach einem vorübergehenden Anstieg auf minus 15 Punkte im Frühsommer – bedingt durch Vorzieheffekte infolge der angekündigten US-Zölle auf europäische Fahrzeuge – liegen die Werte nun wieder auf dem äußerst schwachen Niveau des Vorjahres (minus 31 Punkte im Herbst 2024). Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich im Maschinenbau: Im Frühsommer hatte sich die Stimmung leicht aufgehellt (minus zehn Punkte), nun sinkt der Lagesaldo wieder auf minus 14 Punkte. Gedämpfte Investitionsneigungen der Abnehmerbranchen und geopolitische Unsicherheiten wirken hier belastend.

Bei den **Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten** setzt sich der Abwärtstrend ebenso fort. Anhaltende Konsumzurückhaltung und die Verunsicherung über die globale wirtschaftliche Entwicklung belasten die Branche. Der Saldo der Lageeinschätzungen sinkt von minus sechs auf minus zehn Punkte. Besonders schwierig stellt sich die Situation im Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe dar: Der Lagesaldo fällt von minus zwölf auf nunmehr minus 20 Punkte. Trotz einer leichten Verbesserung von minus 21 auf minus 19 Punkte bleibt auch die Lage im Möbelgeschäft angespannt. Trotz der handelspolitischen Unsicherheiten bewertet die pharmazeutische Industrie ihre Geschäftslage überwiegend positiv. Jedoch zeigen sich auf hier Eintrübungen. Der Saldo fällt von 36 auf 18 Punkte, er hat sich damit innerhalb weniger Monate halbiert.

Am schlechtesten von allen Wirtschaftszweigen fällt die Lageeinschätzung im **Handel** aus. Nur noch 16 Prozent (zuvor 17 Prozent) der Unternehmen bewerten ihre aktuelle Geschäftslage als gut, während ein Drittel der Betriebe die Situation als schlecht einschätzt (33 Prozent nach zuvor 32 Prozent). Der Saldo reduziert sich von minus 15 auf minus 17 Punkte – das ist der niedrigste Wert seit Herbst 2020. Besonders kritisch ist die Lage im Großhandel. Der Saldo sinkt von zuvor minus 18 auf minus 21 Punkte. Großhandelsunternehmen kämpfen mit einer schwachen Nachfrage aus der Industrie, anhaltenden Problemen in den Lieferketten und unsicheren wirtschaftlichen Aussichten. Im Einzelhandel wirkt sich eine wachsende Konsumzurückhaltung negativ aus: Unsicherheiten über die wirtschaftlichen Entwicklungen und die Arbeitsplatzsicherheit sowie gestiegene Lebenshaltungskosten dämpfen die Konsumstimmung. Der Lagesaldo liegt bei minus 14 Punkten (zuvor: minus 15).

Im **Baugewerbe** zeigt sich eine leichte Aufhellung der Stimmung. Im Vergleich zum Frühsommer geht es leicht bergauf, der Lagesaldo der Unternehmen verbessert sich von neun auf 14 Punkte. Etwa jedes dritte Unternehmen (31 Prozent nach zuvor 29 Prozent) spricht derzeit von einer guten Geschäftslage, während 17 Prozent ihre aktuelle Geschäftslage als "schlecht" bezeichnen (zuvor: 20 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist der Saldo aber leicht schlechter (Herbst 2024: 15 Punkte). Damit bleibt die Lageeinschätzung der Unternehmen auch immer noch unter dem langjährigen Schnitt von 24 Punkten. Insbesondere der Fachkräftemangel und hohe Arbeitskosten stellen die Unternehmen vor strukturelle Herausforderungen. Besonders im Hochbau bleibt die Lage weiter angespannt, wenngleich auch hier eine leichte Verbesserung zum Frühsommer erkennbar ist. Der Saldo steigt leicht von minus drei auf derzeit null Punkte. Im Vergleich zum langjährigen Schnitt ist die Lageeinschätzung aber noch weit entfernt (durchschnittlicher Saldo: 21 Punkte). Die Lagebewertungen im Tiefbau verbessern sich, auch saisonbedingt, um sieben Punkte auf einen Saldo von 21 Punkte. Das liegt sogar leicht über dem langjährigen Schnitt von 18 Punkten, aber deutlich unter dem Vorjahreswert (Saldo Herbst 2024: 30 Punkte). Das Ausbaugewerbe steht mit einem Lagesaldo von 25 Punkten nach zuletzt 21 Punkten vergleichsweise stabil da und liegt nur leicht unter dem Vorjahresniveau von 27 Punkten.

Im **Dienstleistungssektor** verbessert sich die Geschäftslage leicht. Der Saldo steigt gegenüber dem Frühsommer von acht auf zehn Punkte. Innerhalb des Wirtschaftszweigs verläuft die Entwicklung uneinheitlich. Bei den personenbezogenen Dienstleistungen kommt es zu einer leichten Verbesserung auf nun zwölf Punkte im Saldo (nach zuvor elf Punkten). Besonders positiv fällt die Einschätzung in der Reisevermittlung aus, wo der Saldo von 19 auf 23 Punkte steigt. Deutlich eingetrübt ist dagegen die Stimmung in der Kultur- und Kreativwirtschaft: Der Lagesaldo sinkt von vier auf minus sieben Punkte. Die unternehmensbezogenen Dienstleistungen liegen mit einem Saldo von 13 Punkten knapp unter dem Wert der Vorumfrage (15 Punkte). Einzelne Teilbranchen entwickeln sich stabil. Besonders gut bewerten die Rechts- und Steuerberatungen ihre aktuelle Lage (53 Punkte nach zuvor 55 Punkten). Auch die Forschung und Entwicklung zeigt sich dynamisch, mit einem Saldo von 25 Punkten liegt die Lagebewertung um zwei Punkte über dem Wert der Vorumfrage und um 23 Punkte über dem Wert des Vorjahres. Dagegen verschlechtert sich die Lage in der IT-Dienstleistungsbranche – hier sinkt der Saldo von 17 auf zwölf Punkte.

Im **Gastgewerbe** hat sich die Geschäftslage gegenüber dem Frühsommer deutlich verbessert, sie liegt aber weiterhin im negativen Bereich: Der Saldo steigt von minus 18 auf minus zwei Punkte. Saisonbedingt fällt die Lagebewertung im

Herbst nach den Sommermonaten traditionell etwas positiver aus. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zeigt sich jedoch eine leichte Eintrübung (Herbst 2024: vier Punkte). Die Bilanz der Hochsaison im Sommer reichte im Jahr 2025 nicht für ein positiveres Stimmungsbild. Auch im längerfristigen Vergleich bleibt die Lage verhalten – der aktuelle Wert liegt deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von neun Punkten. Besonders die Gastronomie steht weiterhin unter Druck: Hohe Kosten, Personalmangel und Bürokratie belasten viele Betriebe.

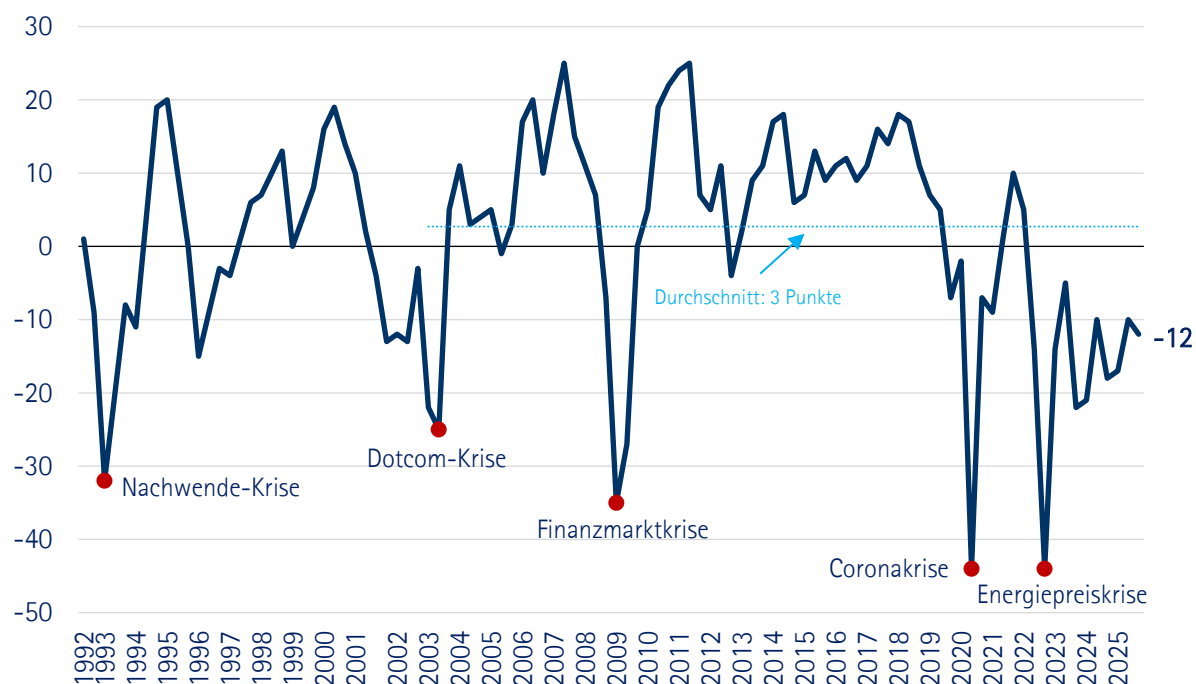
Der Bereich **Verkehr und Lagerei** verharrt mit einem Saldo von minus sechs Punkten (nach zuvor minus sieben) im Tief. Nur 19 Prozent der Unternehmen bewerten ihre Lage als „gut“, während 25 Prozent von einer schlechten Lage sprechen. Besonders angespannt ist die Situation im Straßengüterverkehr: Die Geschäftslage liegt hier mit einem Saldo von minus zehn Punkten (nach zuvor minus 13) auf niedrigem Niveau. Fahrermangel, unzureichende Verkehrswege, hohe Kostenbelastungen sowie Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Antriebswende setzen zahlreiche Unternehmen dieser Branche unter Druck.

Geschäftserwartungen der Unternehmen

Die Geschäftserwartungen der Unternehmen bleiben überwiegend trüb. Nach drei Jahren ohne wirtschaftliches Wachstum gibt es aktuell keine Anzeichen für einen breiten Aufschwung. Eine schwache Nachfrage und strukturelle, weiterhin nicht gelöste, Standortprobleme belasten die Unternehmen: Nur 15 Prozent rechnen in den kommenden zwölf Monaten mit besseren Geschäften (zuvor 16 Prozent), mehr als ein Viertel geht hingegen von einer Verschlechterung aus (27 Prozent nach zuvor 26 Prozent). Der Saldo der Geschäftserwartungen sinkt gegenüber dem Frühsommer leicht um zwei auf minus zwölf Punkte. Er liegt deutlich unter dem langjährigen Schnitt (drei Punkte), aber um sechs Punkte über dem Vorjahreswert (Saldo: minus 18).

Bezogen auf die unterschiedlichen Unternehmensgrößenklassen zeigt sich, dass die Konjunktur sich hier sehr unterschiedlich entwickelt. Grundsätzlich verbessern sich die Erwartungen mit der Zahl der Beschäftigten in den Betrieben. Zudem werden zwischen den Größenklassen die Abstände größer. Bei Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten hellen sich die Geschäftserwartungen auf. Sie steigen gegenüber dem Frühsommer um vier Punkte auf einen Saldo von plus zehn Punkte. Das entspricht genau dem langjährigen Durchschnittswert und ist der höchste Wert seit Beginn des russischen Kriegs in der Ukraine (Saldo Jahresbeginn 2022: plus 25 Punkte). Demgegenüber sind die Erwartungen in kleineren Unternehmen überwiegend negativ und haben sich auch im Vergleich zur Vorumfrage sogar verschlechtert. Bei Unternehmen mit 200 bis 1000 Beschäftigten sinkt der Saldo geringfügig um einen auf minus drei Punkte. In Unternehmen bis zu 200 Beschäftigten sinkt der Saldo um zwei auf minus 14 Punkte.

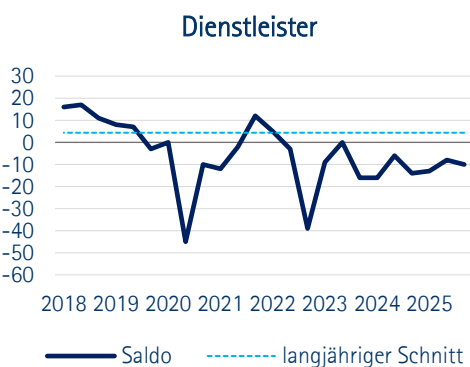
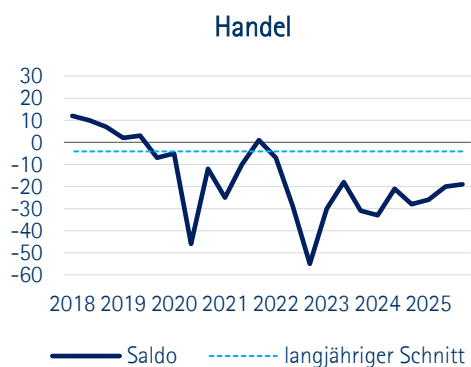
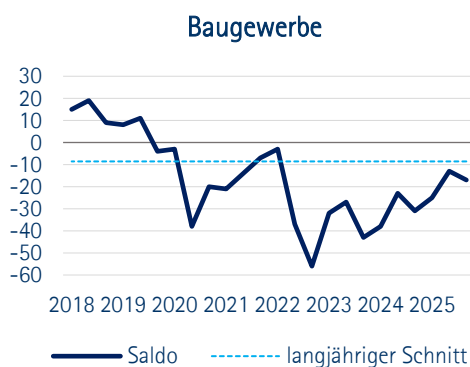
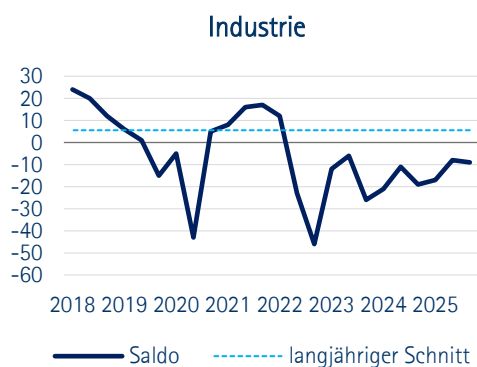
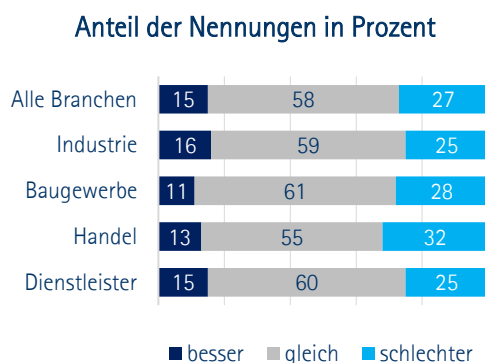
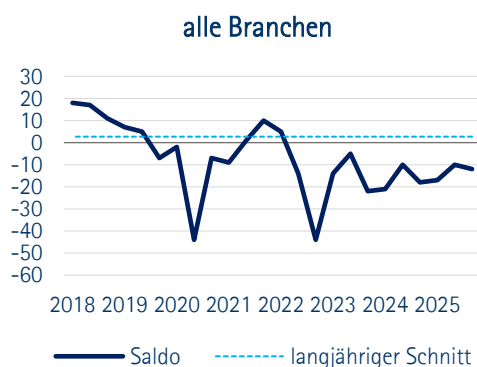
Geschäftserwartungen der Unternehmen (Saldo in Punkten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Die Geschäftserwartungen in der **Industrie** haben sich im Verlauf des Sommers nicht gebessert. Trotz Zolleinigung mit den USA bleiben die außenwirtschaftlichen Unsicherheiten sehr hoch. Hohe Kosten am heimischen Standort belasten die Wettbewerbsfähigkeit. Die anhaltende wirtschaftliche Schwäche drückt zudem die Nachfrage aus dem Inland. Gleichbleibend 25 Prozent der Industriebetriebe rechnen mit einer Verschlechterung ihrer Geschäfte. Nur 16 Prozent (zuvor 17 Prozent) gehen von einer Verbesserung aus. Der Saldo der Geschäftserwartungen sinkt gegenüber der Vorumfrage geringfügig um einen auf minus neun Punkte. Das liegt weit unter dem langjährigen Schnitt von plus sechs Punkten. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aber ein Zuwachs um zehn Saldo-punkte (Saldo Herbst 2024: minus 19 Punkte).

Geschäftserwartungen der Unternehmen

(Saldo aus besser minus schlechter-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



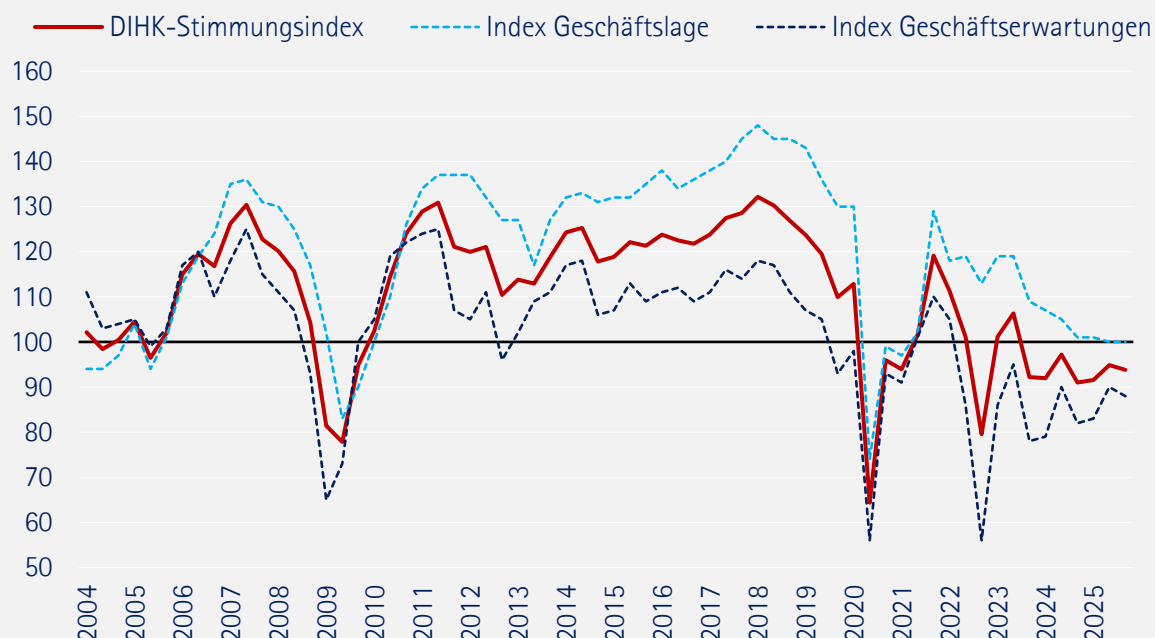
Eine leichte Eintrübung der Erwartungen im Vergleich zum Frühsommer zeigt sich bei den **Vorleistungsgüterherstellern**. Überdurchschnittlich häufig sehen diese Unternehmen in den weiterhin hohen Energie- und Rohstoffpreisen ein Geschäftsrisiko. Ihr Erwartungssaldo sinkt leicht um zwei auf minus zehn Punkte. Besonders in der Chemischen Industrie macht sich Pessimismus breit, der Saldo sinkt um sieben auf minus zehn Punkte. Bei den **Investitionsgüterherstellern** bleiben die Geschäftserwartungen unverändert trüb bei einem Saldo von minus sechs Punkten. Das ist zwar deutlich mehr als der Vorjahreswert (Saldo minus 17 Punkte), aber immer noch erheblich weniger als der langjährige Schnitt (zehn Punkte). Abweichend davon versetzt im Kraftfahrzeugbau die US-Zollpolitik den Geschäftserwartungen einen kräftigen Dämpfer, der Saldo sinkt um zwölf auf minus 16 Punkte. Leicht aufwärts gehen die Geschäftserwartungen bei den Herstellern von **Ge- und Verbrauchsgütern**. Der Saldo steigt auf minus zehn Punkte, nach 13 Punkten im Frühsommer und ebenfalls 13 Punkten im Herbst 2024. Besonders im Ernährungsgewerbe ist eine Aufhellung zu beobachten, der Saldo verbessert sich um sechs Punkte auf minus neun Punkte.

Im **Baugewerbe** trüben sich die Aussichten saisonbedingt ein. Nur jeder zehnte Betrieb hat positive Geschäftserwartungen (elf Prozent nach zuvor 13 Prozent), hingegen rechnen 28 Prozent mit einer Verschlechterung (zuvor 26 Prozent). Der Saldo der Geschäftserwartungen sinkt von minus 13 auf minus 17 Punkte. Der Rückgang im Herbst fällt damit aber geringer als saisonüblich aus. Zudem sind die Perspektiven auch deutlich besser als noch vor einem Jahr: Gegenüber Herbst 2024 legt der Saldo um 14 Punkte zu (Saldo Herbst 2024: minus 31 Punkte). Zuletzt endlich wieder steigende Baugenehmigungen sowie der „Bau-Turbo“ nähren vorsichtige Hoffnungen, dass es mit der Baukonjunktur bald aufwärts geht, besonders im Hoch- und Ausbaugewerbe. Im Hochbau liegen die Geschäftserwartungen bei minus 21 Punkten (nach minus 34 Punkten im Vorjahr), im Ausbaugewerbe bei minus 16 Punkten (nach minus 28 Punkten im Vorjahr). Der Tiefbau hängt in starkem Maße von öffentlichen Aufträgen ab. Weder das Sondervermögen noch der Bundeshaushalt 2026 waren während des Befragungszeitraums final verabschiedet. Daher bleiben Planungsunsicherheiten bei öffentlichen Infrastrukturprojekten bestehen. Zudem besteht die Sorge, dass das Sondervermögen dauerhaft zu Lasten der Infrastrukturmittel im Kernhaushalt des Bundes geht. Vor diesem Hintergrund liegt der Saldo der Geschäftserwartungen im Tiefbau mit minus 21 Punkten nur um fünf Punkte über dem Vorjahreswert und acht Punkte unter dem Wert im Frühsommer.

Im **Handel** bleiben die Geschäftserwartungen überwiegend negativ. Neben der schwachen Nachfrage bereiten den Betrieben hohe und gestiegene Arbeitskosten sowie unsichere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen große Sorgen. Ein Drittel der Händler (32 Prozent nach zuvor 33 Prozent) rechnet mit einer Verschlechterung der Geschäfte, nur 13 Prozent (nach zuvor elf Prozent) gehen von einer Besserung aus. Der Saldo steigt minimal um einen auf minus 19 Punkte. Er liegt deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von minus vier Punkten, aber höher als noch im Herbst 2024 (minus 28 Punkte). Besonders im Großhandel ist eine Aufhellung zu beobachten, der Saldo steigt von minus 18 auf minus 13 Punkte. Im Einzelhandel bleibt der Ausblick hingegen weiterhin düster (Saldo von minus 24 nach zuvor minus 23 Punkte).

DIHK-Stimmungsindex

Auch wenn sich gegenüber dem Vorjahr eine leichte Aufhellung zeigt, bleibt die Stimmung der Unternehmen jedoch überwiegend schlecht. Der aktuelle DIHK-Stimmungsindex, der die Einschätzungen von mehr als 23.000 Betrieben aus nahezu allen Branchen und Regionen erfasst, verharrt mit 93,8 Punkten im pessimistischen Bereich.



Der DIHK-Stimmungsindex ist das geometrische Mittel aus dem Index der Geschäftslage und dem Index der Geschäftserwartungen. Der Index der Geschäftslage entspricht 100 plus den Anteil der Unternehmen mit einer guten Geschäftslage minus den Anteil der Unternehmen mit einer schlechten Geschäftslage. Der Index der Geschäftserwartungen entspricht 100 plus den Anteil der Unternehmen mit positiven Geschäftserwartungen minus den Anteil der Unternehmen mit negativen Geschäftserwartungen.

Werte über 100 bedeuten, dass die Unternehmen überwiegend positive Bewertung der Stimmung, Lage und Erwartungen und umgekehrt.

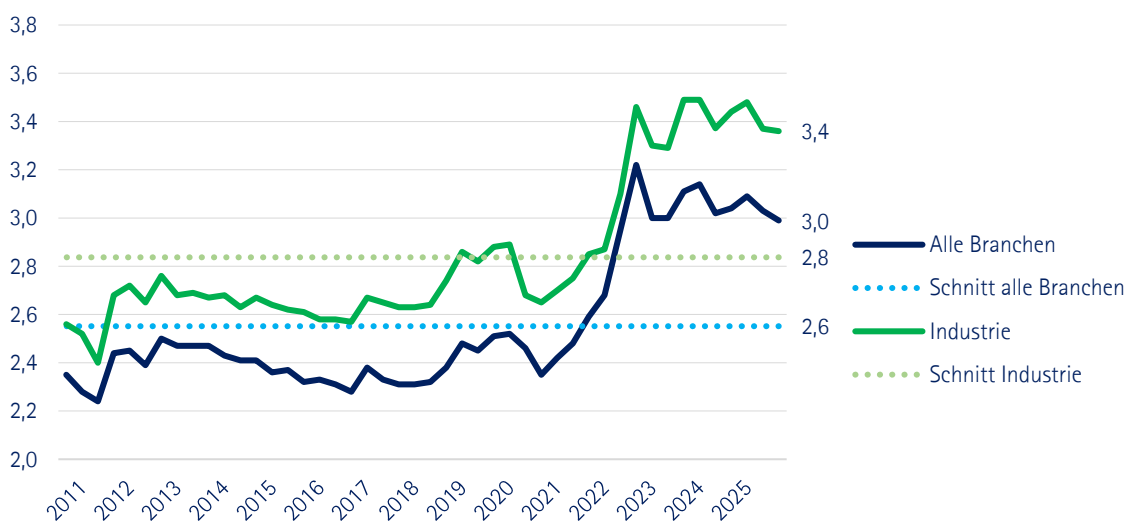
Die Geschäftserwartungen im insgesamt sehr heterogenen **Dienstleistungssektor** verschlechtern sich leicht. Ein Viertel der Betriebe (gleichbleibend 25 Prozent) äußert negative Erwartungen, 15 Prozent (nach zuvor 17 Prozent) rechnen mit einer Verbesserung. Der Saldo sinkt um zwei auf aktuell minus zehn Punkte. Der Saldo liegt unter dem langjährigen Schnitt von plus vier Punkten und nur um vier Punkte über dem Vorjahreswert. Im Gastgewerbe trübt der anhaltende Kostendruck die Erwartungen über das saisonübliche Maß hinaus. Zwar wirkt sich dort die Mehrwertsteuersenkung positiv aus, dennoch sieht sich die Branche einer Vielzahl von Belastungen ausgesetzt: Jeweils drei Viertel der Unternehmen nennen sowohl Arbeitskosten als auch Energie- und Rohstoffpreise als Geschäftsrisiko. Nur wenige Branchen merken diese beiden Risiken noch häufiger an. Der Saldo der Geschäftserwartungen sinkt um 15 auf minus 28 Punkte. Die Aussichten der Unternehmen aus dem Verkehr- und Logistikgewerbe äußern sich ähnlich in Moll. Neben Arbeitskosten machen hohe Energie- und Kraftstoffpreise, aber auch der demografisch bedingte Fachkräftemangel zu schaffen. Der Saldo der Geschäftserwartungen sinkt um zwei auf minus 20 Punkte. Im Vorjahr lag der Saldo mit minus 26 Punkte aber noch niedriger. Im Gegensatz dazu sind die Erwartungen der Finanz- und Versicherungsdienstleister positiv. Mit einem Saldo von vier Punkten (plus einen Punkt zu Vorumfrage) liegen sie genau auf dem Niveau des Vorjahres und leicht über dem langjährigen Schnitt von zwei Punkten.

Geschäftsrisiken der Unternehmen

In vielen Bereichen der Wirtschaft bleibt der Druck auf die Unternehmen hoch. Seit dem Beginn des russischen Krieges in der Ukraine ist die Zahl primärer Geschäftsrisiken, denen sich die Unternehmen gegenübersehen, nach oben gegangen. Dabei sind es nicht nur konjunkturelle Risiken, wie eine weiterhin schwächelnde Nachfrage im In- und Ausland, die der Wirtschaft zusetzen. Auch strukturelle Probleme wie unsichere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, gestiegene Arbeitskosten oder die weiterhin hohen Energie- und Rohstoffpreise bereiten den Unternehmen Sorge. In einigen Bereichen wie dem Baugewerbe oder personalintensiven Branchen bleibt auch der Fachkräftemangel ein Thema. In der Umfrage stehen insgesamt acht verschiedene Geschäftsrisiken zur Auswahl. Aktuell benennt ein Unternehmen im Schnitt 3,0 verschiedene Risiken. Das liegt genau auf dem Wert zum Jahresbeginn, und nur geringfügig unter dem Höchstwert von 3,2 im Herbst 2022. Insgesamt sehen sich die Unternehmen weiterhin durchschnittlich mehr Risiken und Unsicherheiten konfrontiert als früher. Noch bis einschließlich 2021 benannten die Unternehmen durchschnittlich 2,4 Risiken.

DIHK-Risiko-Indikator

Anzahl der genannten Geschäftsrisiken (8 Risiken stehen zur Auswahl, Mehrfachnennungen möglich)



* In jeder Welle der DIHK-Konjunkturumfrage werden die acht folgenden Geschäftsrisiken abgefragt: Inlandsnachfrage, Auslandsnachfrage, Fachkräftemangel, Arbeitskosten, Energie- und Rohstoffpreise, Finanzierung, Wechselkurs, wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen.

Seit einem Jahr benennen durchgängig fast drei von fünf Unternehmen die **Inlandsnachfrage** als Risikofaktor für ihre zukünftige geschäftliche Entwicklung. Mit 58 Prozent ist es aktuell auch das am häufigsten genannte Geschäftsrisiko. Darin spiegelt sich die langanhaltende wirtschaftliche Schwächephase wider.

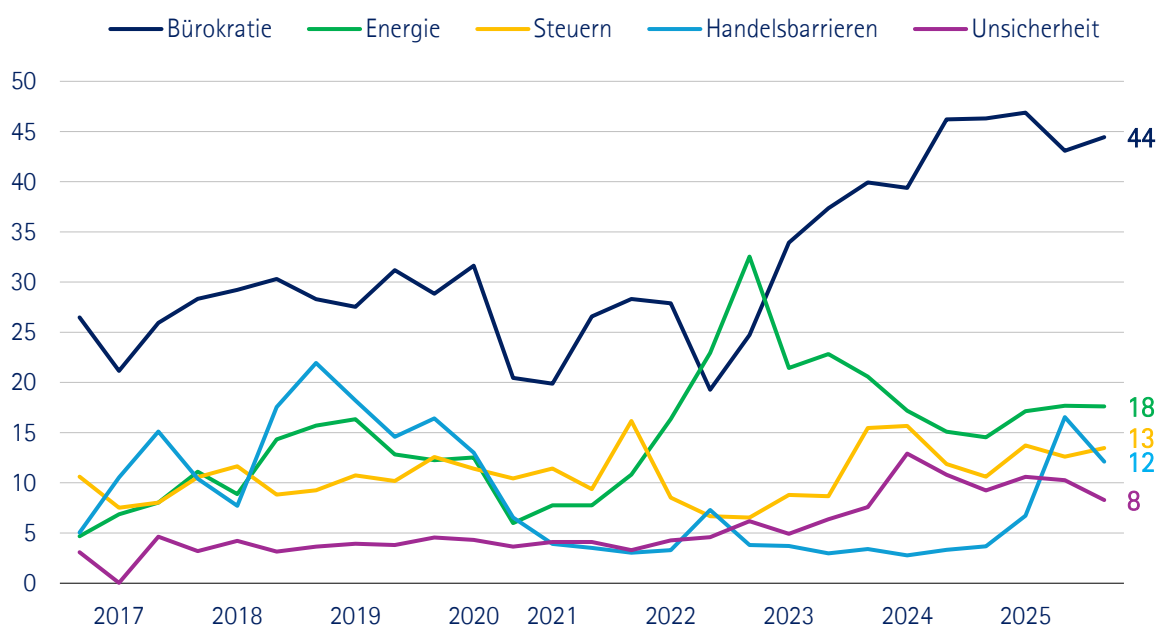
Besonders in der Industrie macht die andauernde Auftragsflaute den Betrieben zu schaffen. Die Bestellungen aus dem Inland liegen im Verarbeitenden Gewerbe um rund 10 Prozent unter dem bereits unterdurchschnittlichen Niveau von 2019. Entsprechend melden fast mehr als zwei Drittel (68 Prozent) der Industriebetriebe Nachfrageschwäche als Geschäftsrisiko. Im Frühsommer waren es 65 Prozent, im vergangenen Jahr 71 Prozent. Bei exportierenden Industrieunternehmen nimmt auch die Furcht vor einer sinkenden **Auslandsnachfrage** (48 Prozent nach zuvor 47 Prozent) weiter zu. Neben einer sinkenden Wettbewerbsfähigkeit am heimischen Standort sorgt die Handelspolitik der US-Administration trotz Einigung mit der EU für hohe Unsicherheiten.

Auch im Handel geben die Betriebe weiterhin die Inlandsnachfrage als häufigstes Geschäftsrisiko an (67 Prozent nach zuvor 68 Prozent), trotz gestiegener Einkommen und einer im Vorjahresvergleich gesunkenen Sparquote. Im Baugewerbe bleibt die Inlandsnachfrage für die Hälfte der Betriebe ein Geschäftsrisiko (gleichbleibend 52 Prozent). Das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz hat hier noch keine positiven Impulse gesetzt. Dass

das Sondervermögen sowie der Bundeshaushalt 2026 lange nicht final verabschiedet waren, erzeugt Unsicherheit. So ist im Tiefbau das Risiko Inlandsnachfrage sogar wieder angestiegen, von 42 Prozent im Frühsommer auf 51 Prozent im Herbst 2025.

Fast genauso häufig wie die Inlandsnachfrage nennen die Unternehmen die **wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen** als Geschäftsrisiko. Dieses sinkt zwar leicht von 59 auf 57 Prozent. Jedoch befindet es sich immer noch auf sehr hohem Niveau (langjähriger Durchschnitt: 44 Prozent). Mehr als 6.000 Unternehmen haben bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen von der Möglichkeit der Freitextantworten Gebrauch gemacht. Dabei werden mit Abstand am häufigsten Stichworte zu Bürokratie-Themen genannt (44 Prozent). Energie-bezogene Themen nennen 18 Prozent der Unternehmen, in der Industrie sind es sogar 27 Prozent. Angesichts der US-Zollpolitik haben 12 Prozent der Freitextantworten auch Handelsbarrieren zum Inhalt, im Frühsommer waren es sogar 14 Prozent, zu Jahresbeginn hingegen nur fünf Prozent. Bei den Industrieunternehmen liegt dieser Anteil sogar bei 23 Prozent. Weitere wirtschaftspolitische Risiken sehen die Unternehmen in Steuern, Planungsunsicherheit sowie mangelnden Investitionen. Im Gastgewerbe verweisen neun Prozent der Freitextantworten auf den Mindestlohn.

Von den Unternehmen am häufigsten genannte Stichwörter bei der Beschreibung der wirtschaftlichen Risiken* (Anteil in Prozent, Auswertung von rd. 6.000 Freitextantworten)



*Im Frühsommer 2020 wurden keine Freitextantworten erhoben.

An dritter Stelle der meistgenannten Geschäftsrisiken stehen die **Arbeitskosten**. Der Wert ist damit weiterhin auf seinem Höchststand (56 Prozent). In allen vier Wirtschaftszweigen ist mehr als jedes zweite Unternehmen über die Entwicklung der Arbeitskosten besorgt. In der Industrie sind es sogar 59 Prozent. Dahinter verbergen sich nicht nur die allgemeinen Lohnsteigerungen im Zuge der zwischenzeitlich hohen Inflationsraten. Auch die demografisch bedingten Arbeitskräfteengpässe lassen Fachkräfte knapper und damit teurer werden. Hinzu kommen die steigenden Belastungen durch die Sozialversicherungen. Besonders in personalintensiven Branchen wie dem Gastgewerbe oder dem Sicherheitsgewerbe sind Personalkosten häufig ein Problem (Gastgewerbe 75 Prozent, Sicherheitswirtschaft 83 Prozent). Dabei spielt auch die Anhebung des Mindestlohns im kommenden Jahr eine große Rolle.

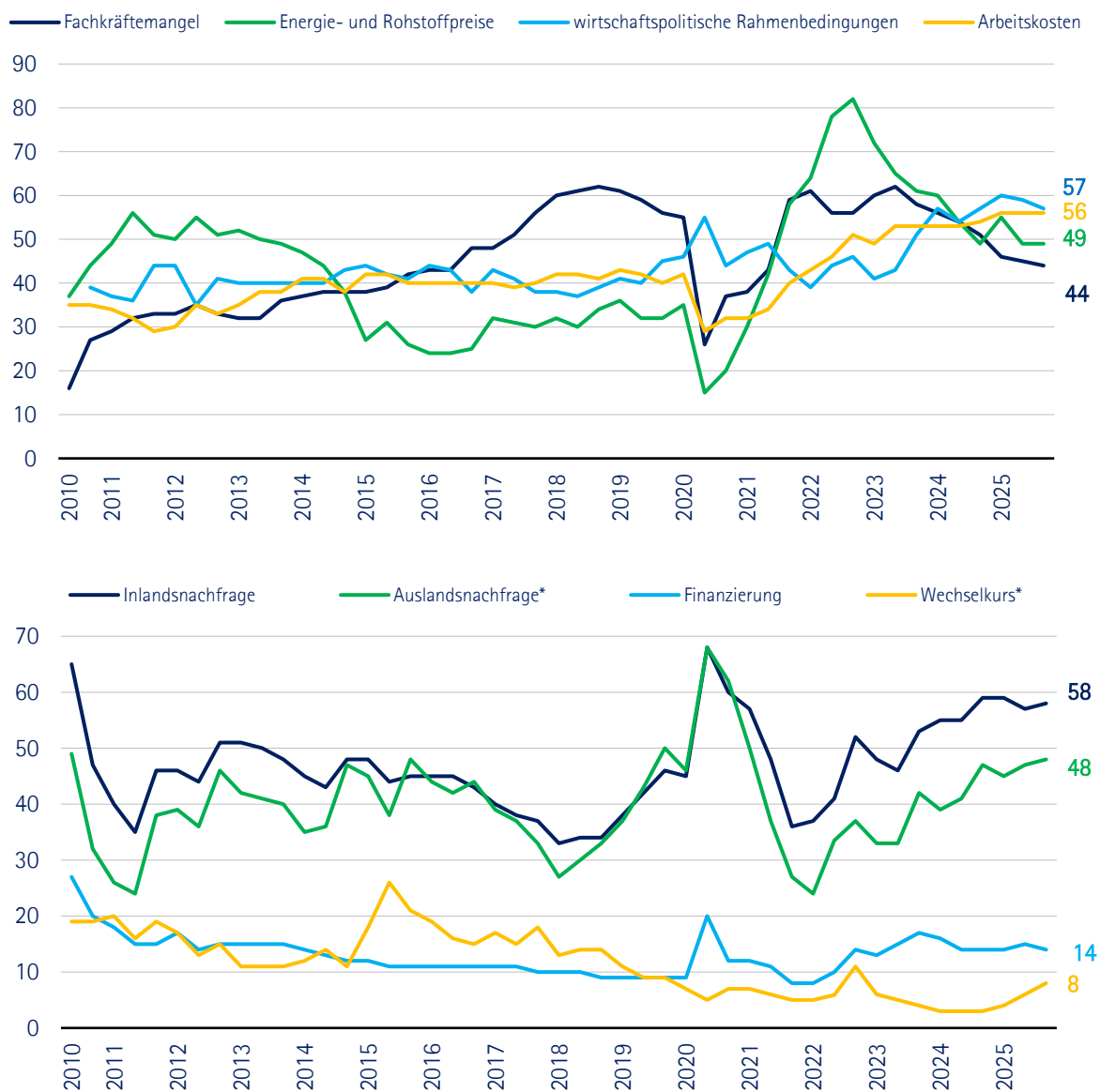
Nach Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine vor mehr als drei Jahren waren die **Energie- und Rohstoffpreise** lange Zeit für die Breite der deutschen Wirtschaft das größte Geschäftsrisiko. Noch immer liegen die Gas- und Strompreise deutlich über dem Vorkrisenniveau. Sie sind jedoch im Vergleich zum Jahresbeginn etwas zurückgegangen. Besonders der Ölpreis liegt derzeit auf dem niedrigsten Niveau seit 2021. Dennoch nennt jedes zweite Unternehmen die Energie- und Rohstoffpreise als Geschäftsrisiko (gleichbleibend 49 Prozent). Dort, wo

Energie zu den großen Kostenblöcken gehört, wie z. B. in der energieintensiven Industrie, liegt der Anteil sogar bei zwei Drittel (67 Prozent nach zuvor 71 Prozent).

Die langanhaltende wirtschaftliche Schwächephase kommt zunehmend auf dem Arbeitsmarkt an. Zwar sorgt die demografische Entwicklung dafür, dass selbst in der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Phase der **Fachkräftemangel** für viele Unternehmen eine Herausforderung bleibt, jedoch nimmt der Druck aktuell weiter ab. Unter dem Strich bekunden 44 Prozent der Unternehmen (nach zuvor 45 Prozent) Fachkräftemangel als ein Geschäftsrisiko. Dieses Geschäftsrisiko liegt immerhin sogar leicht unter seinem langjährigen Durchschnitt (45 Prozent). Besonders im Baugewerbe ist aber der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften weiterhin ein sehr großes Problem (59 Prozent). Seit der Pandemie ist der Fachkräftemangel dort das häufigste Risiko. Im Tiefbau sind es sogar 69 Prozent. In einigen personalintensiven Dienstleistungsbereichen liegt der Wert sogar noch höher, wie z.B. in der Sicherheitswirtschaft (73 Prozent).

Geschäftsrisiken für die Gesamtwirtschaft

Anteil der Nennungen in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Export-Industrie



Der Anteil der Unternehmen, die im Zugang zur **Finanzierung** einen Risikofaktor sehen, sinkt leicht von 15 auf 14 Prozent. Der langjährige Durchschnitt liegt bei 13 Prozent. Überdurchschnittlich hoch ist das Risiko weiterhin in der Immobilienwirtschaft (36 Prozent nach zuvor 37 Prozent) sowie bei den Energieversorgern (33 Prozent nach zuvor 36 Prozent).

Wechselkursrisiken spielen für die exportierenden Industrieunternehmen derzeit nur eine untergeordnete Rolle. Zwar ist das Risiko aufgrund der aggressiven US-Zollpolitik am aktuellen Rand etwas gestiegen, aber mit acht Prozent (nach zuvor sechs Prozent) spielt die Angst vor Wechselkursschwankungen nur eine untergeordnete Rolle für deutsche Exporteure.

TOP-Geschäftsrisiken nach Wirtschaftszweigen

Anteil der Nennungen in Prozent; Mehrfachnennungen möglich, in Klammern Wert der Vorumfrage

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleistungen
1.	68% (65%) Inlandsnachfrage	59% (64%) Fachkräftemangel	67% (68%) Inlandsnachfrage	56% (58%) Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
2.	60% (62%) Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	57% (58%) Arbeitskosten	57% (59%) Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	54% (55%) Arbeitskosten
3.	59% (59%) Arbeitskosten	54% (56%) Energie- und Rohstoff- preise	55% (55%) Arbeitskosten	50% (50%) Inlandsnachfrage
4.	57% (59%) Energie- und Rohstoff- preise	52% (52%) Inlandsnachfrage	48% (50%) Energie- und Rohstoff- preise	46% (47%) Fachkräftemangel
5.	48% (47%) Auslandsnachfrage	51% (53%) Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	41% (40%) Fachkräftemangel	44% (44%) Energie- und Rohstoff- preise

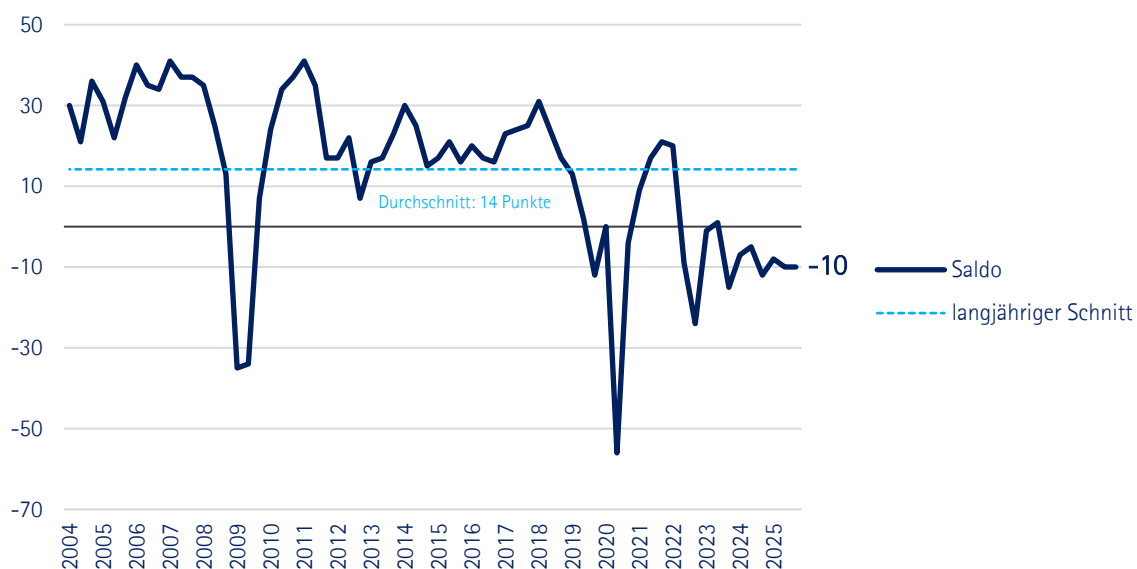
Exporterwartungen der Industrieunternehmen

Das weltweit robuste Wachstum schafft kaum Impulse für die deutsche Exportindustrie. Die Unternehmen stehen in Deutschland vor massiven strukturellen Herausforderungen und gleichzeitig großer handelspolitischer Unsicherheit im Ausland. Die globale Neuordnung wirtschaftlicher Partnerschaften und Handelswege aufgrund der handelspolitischen Verwerfungen durch die US-Zollpolitik treffen die exportorientierte deutsche Industrie hart. Die internationale Konkurrenz ist groß und Deutschland verliert Marktanteile durch die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich. Ein starker Euro und strukturelle Herausforderungen im Inland schmälern die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen und dämpfen die Nachfrage nach ihren Produkten.

So rechnen 29 Prozent der Unternehmen in den kommenden zwölf Monaten mit sinkenden Ausfuhren (Frühsommer 2025: 29 Prozent), nur etwa jedes fünfte Unternehmen (gleichbleibend 19 Prozent) erwartet eine Steigerung. Knapp mehr als die Hälfte der Unternehmen (52 Prozent) erwartet ein stabiles Auslandsgeschäft. Der Saldo aus höheren und geringeren Exporterwartungen verharrt bei minus zehn Punkten. Die aktuellen Einschätzungen zum Exportgeschäft liegen somit zwar leicht über dem Vorjahreswert (minus zwölf Punkte), bleiben jedoch weit unter dem langjährigen Schnitt von plus 14 Punkten.

Exporterwartungen der Unternehmen

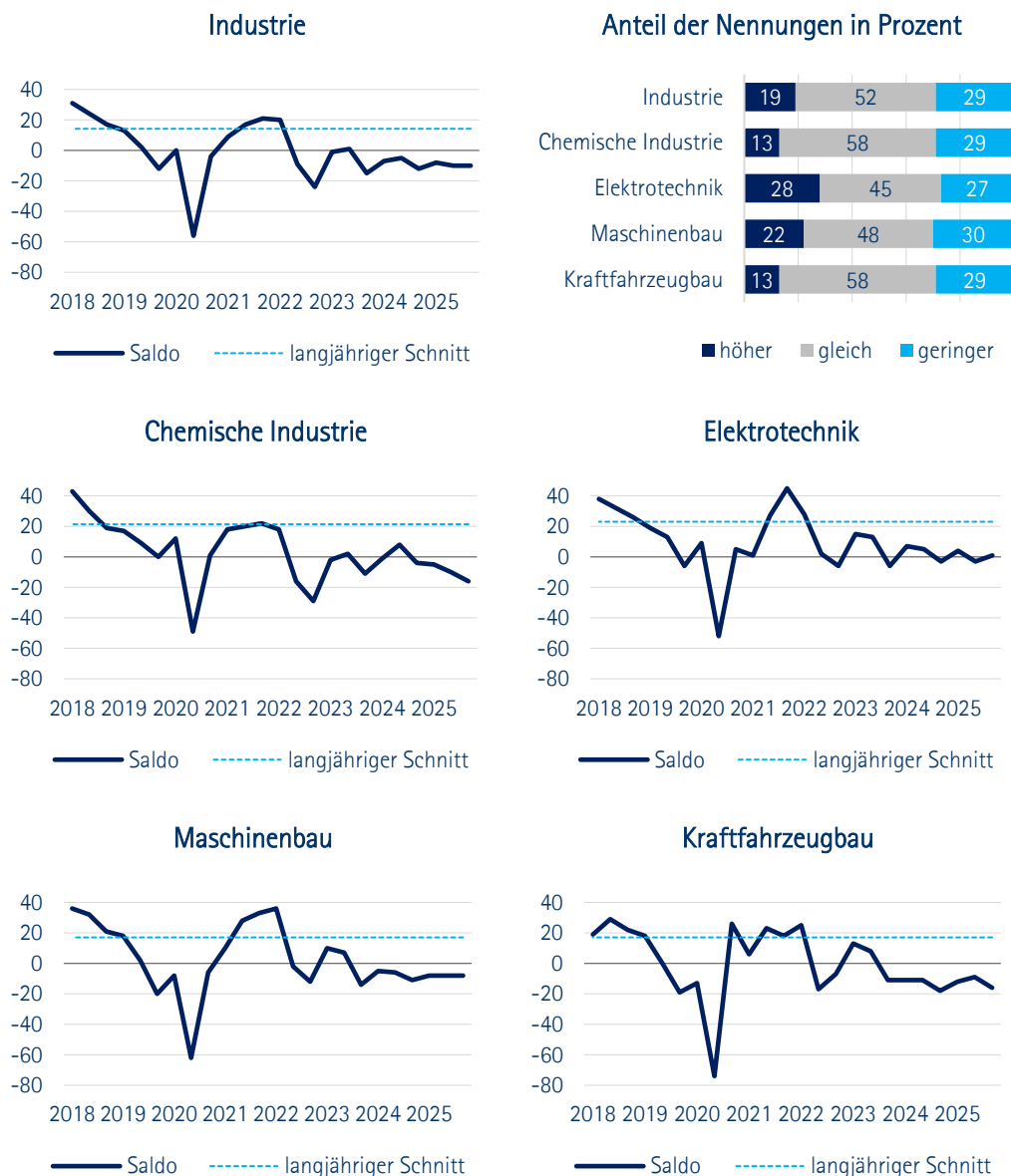
(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Im Vergleich zum Frühsommer entwickeln sich die Exporterwartungen unterschiedlich für die verschiedenen Größenklassen. Für Industrieunternehmen mit bis zu 20 Beschäftigten verschlechtert sich der Saldo erneut von minus 21 auf minus 23 Punkte, bei Betrieben mit 20 bis 200 Beschäftigten sinken die Exporterwartungen ebenfalls von minus 14 auf minus 15 Saldopunkte und bleiben damit weiter negativ. Hingegen bleiben die Erwartungen der Unternehmen mit 200 bis 999 Beschäftigten im Vergleich zum Frühsommer unverändert: Der Saldo liegt nach wie vor bei minus zwei Punkten. Während sich die Exportaussichten für kleinere Unternehmen weiter verschlechtern, sind große Unternehmen (über 1.000 Beschäftigte) optimistisch. Große Unternehmen rechnen sogar mit einem Exportwachstum. Ihre Aussichten verbessern sich deutlich von plus neun auf plus 14 Saldopunkte (Herbst 2024: acht Punkte). Global aufgestellte Großunternehmen sind besser in der Lage, sich auf die neuen Zölle einzustellen und ihre Strategien auf alternative Märkte auszurichten. Zudem können sie die zahlreichen bürokratischen Anforderungen, die an Lieferketten gestellt werden, abfedern.

Exporterwartungen der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Im Vergleich der industriellen Hauptgruppen sind **Vorleistungsgüterproduzenten** pessimistischer hinsichtlich ihrer Exporterwartungen als noch zuvor. Einen Exportzuwachs erwarten 17 Prozent der Unternehmen (nach zuvor 16 Prozent). Demgegenüber rechnen 31 Prozent (nach zuvor 29 Prozent) mit geringeren Ausfuhren. Der Saldo verschlechtert sich von minus 13 Punkten auf minus 14 Punkte. Dabei ist in der **Chemischen Industrie** eine erneute Verschlechterung der Exporterwartungen zu beobachten. Der Saldo sinkt von minus zehn auf minus 16 Punkte und liegt weit unter dem langjährigen Schnitt von plus 21 Punkten. Deutlich schlechter als in der Vorumfrage prognostizieren Unternehmen in der **Gummi- und Kunststoffindustrie** ihre Ausfuhren. Der Saldo liegt mit minus 19 nach zuvor minus 15 Punkten auch hier weiter im negativen Bereich. Betriebe aus dem Bereich der **Metallerzeugung und -bearbeitung** sind etwas weniger pessimistisch: Die weltweite Stahlnachfrage dürfte sich im kommenden Jahr leicht erholen, das kommt auch in geringem Umfang den Herstellern hierzulande zugute. Sie korrigieren ihre Erwartungen für das Auslandsgeschäft im Vergleich zum Frühsommer leicht nach oben, wenngleich diese unter dem Strich weiterhin tief im Minus bleiben. Der Saldo steigt von minus 19 leicht auf minus 16 Punkte.

Die Exporterwartungen der **Investitionsgüterproduzenten** hellen sich im Vergleich zum Frühsommer geringfügig auf. 22 Prozent der Unternehmen erwarten steigende Exporte (zuvor 23 Prozent), 28 Prozent rechnen mit geringeren Ausfuhren (Vorumfrage 29 Prozent). Der Exportsaldo aus höheren und geringeren Erwartungen verbessert sich von minus

sieben auf minus sechs Punkte. Besonders bei **Herstellern von Elektrotechnik** drehen die Einschätzungen zum Auslandsgeschäft erneut ins Positive: Der Saldo steigt von minus drei Punkten auf aktuell plus einen Punkt. Die Exporterwartungen liegen damit jedoch auch weiterhin deutlich unter dem langjährigen Schnitt von 23 Saldopunkten. Die stark spezialisierten **Medizintechnikproduzenten** können ihr leicht positives Niveau halten: Der Saldo bleibt bei plus zwei Punkten.

Die beiden wichtigsten Exportbranchen der deutschen Wirtschaft, Automobil- und Maschinenbau, schwächeln und verharren auf einem niedrigen Niveau. Unternehmen im **Maschinenbau** bleiben im Vergleich zur Vorumfrage unverändert pessimistisch: Der Saldo liegt bei minus acht Punkten (Vorjahr: minus elf Punkte). Die Exporterwartungen des Maschinenbaus befinden sich per Saldo damit deutlich unter seinem langjährigen Schnitt (plus 17 Punkte). Der Zollstreit mit den USA und die Vielzahl von Anforderungen für den Nachweis der Stahl- und Aluminiumanteile in Maschinen sowie deren Ursprung stellt viele Unternehmen vor große Herausforderungen. Der Saldo bei den **Kraftfahrzeugbauern** verschlechtert sich ggü. der Vorumfrage deutlich um sieben Punkte auf aktuell minus 16 Punkte. Das sind auch zwei Punkte mehr als noch vor einem Jahr, aber deutlich weniger als der langjährige Durchschnitt der Branche von plus elf Punkten. Besonders im Bereich der Elektromobilität fällt es den deutschen Herstellern schwer mit ihren chinesischen Konkurrenten gleichzuziehen.

Im Bereich der **Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten** sind die Exporterwartungen im Herbst etwas weniger pessimistisch als noch im Frühsommer. Die weltweite Verunsicherung in Fragen der Handels- und Investitionsbeziehungen schlägt sich jedoch auch hier nieder. Die Erwartungen der Konsumgüterhersteller hellen sich im Saldo von minus neun auf minus acht Punkte leicht auf. In der **Pharmazeutischen Industrie** hingegen brechen die Exporterwartungen regelrecht ein: Der Saldo stürzt von plus 31 Punkten im Frühsommer auf aktuell nur noch minus zwei Punkte ab. Er liegt deutlich unter seinem langjährigen Schnitt von 33 Punkten. Die Verunsicherung der US-Zollpolitik zeigt sich hier besonders deutlich – vor allem aufgrund des hohen Exportanteils in die Vereinigten Staaten und des andauernden Zollstreits. Die geplante Anhebung der Pharmazölle von bisher null auf zukünftig 15 Prozent wurden zwischen der EU und den USA im August vereinbart. Zeitweise wurden sogar Zölle von 100 Prozent von US-Seite angedroht. Im Vergleich zum Vorjahr verlieren die Exporterwartungen der Pharmazeutischen Industrie ebenfalls deutlich (Vorjahr: 26 Punkte).

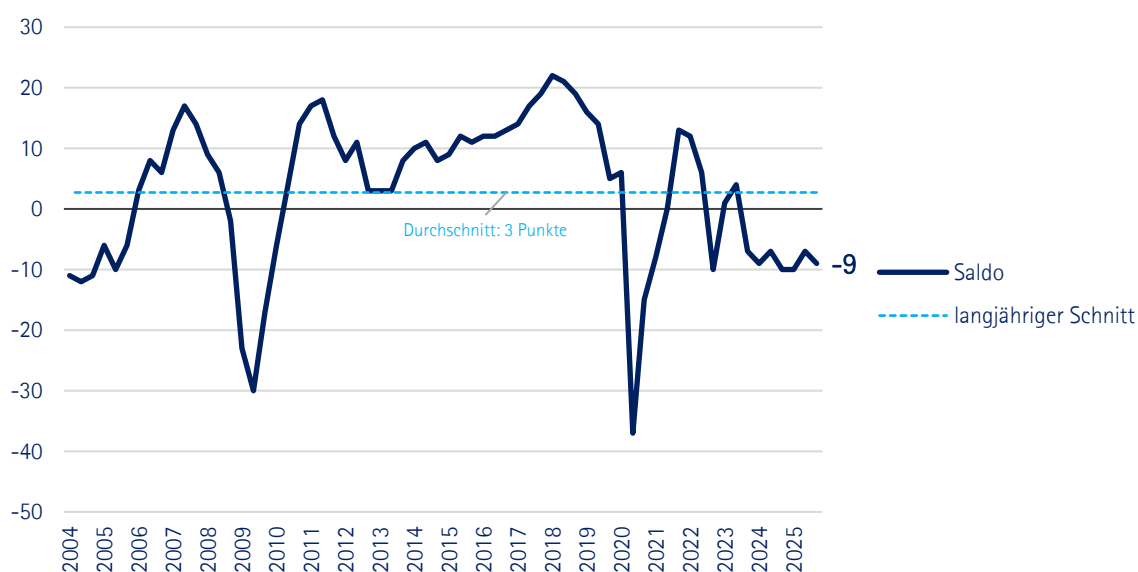
Investitionsabsichten der Unternehmen

Die Investitionen kommen weiterhin nicht in Schwung: Die Unternehmen bleiben bei ihren Investitionsabsichten im Inland erneut sehr zurückhaltend. Während nur 22 Prozent der Betriebe mit erhöhten Budgets planen (zuvor 24 Prozent), beabsichtigen wie im Frühsommer 31 Prozent, ihre Investitionen zu verringern. Der resultierende Saldo von minus neun Punkten bedeutet eine leichte Verschlechterung gegenüber dem Frühsommer (Saldo: minus sieben Punkte) und nur eine geringfügige Verbesserung zum Vorjahr (Saldo minus zehn Punkte). Der langjährige Schnitt liegt mit plus drei Punkten deutlich höher. Die Abschwächung im Vergleich zum Frühsommer und die geringeren geplanten Investitionen zieht sich durch alle Wirtschaftszweige.

Die Vielzahl an Geschäftsrisiken dämpft die Investitionsbereitschaft der Betriebe. Dabei wirken sich die Absatzrisiken aktuell besonders negativ aus, da Unternehmen grundsätzlich nur dann investieren, wenn sie auch ein Geschäftsmodell sehen: Der Investitionssaldo von Unternehmen, die Inlandsnachfrage als Geschäftsrisiko nennen, liegt bei minus 25 Punkten. Bei Industrieunternehmen, die sich Sorgen um das Auslandsgeschäft machen, liegt der Saldo sogar nur bei minus 30 Punkten (Industrie insgesamt: Saldo minus 16 Punkte). Aber auch die strukturellen Risiken drücken auf die Investitionspläne: Unternehmen, die die Geschäftsrisiken Energie- und Rohstoffpreise, Arbeitskosten oder wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen melden, weisen mit Salden von minus 14, minus 15 sowie 14 Punkten ebenfalls unterdurchschnittliche Investitionssalden auf (Saldo Gesamtwirtschaft: minus neun Punkte).

Investitionsabsichten der Unternehmen

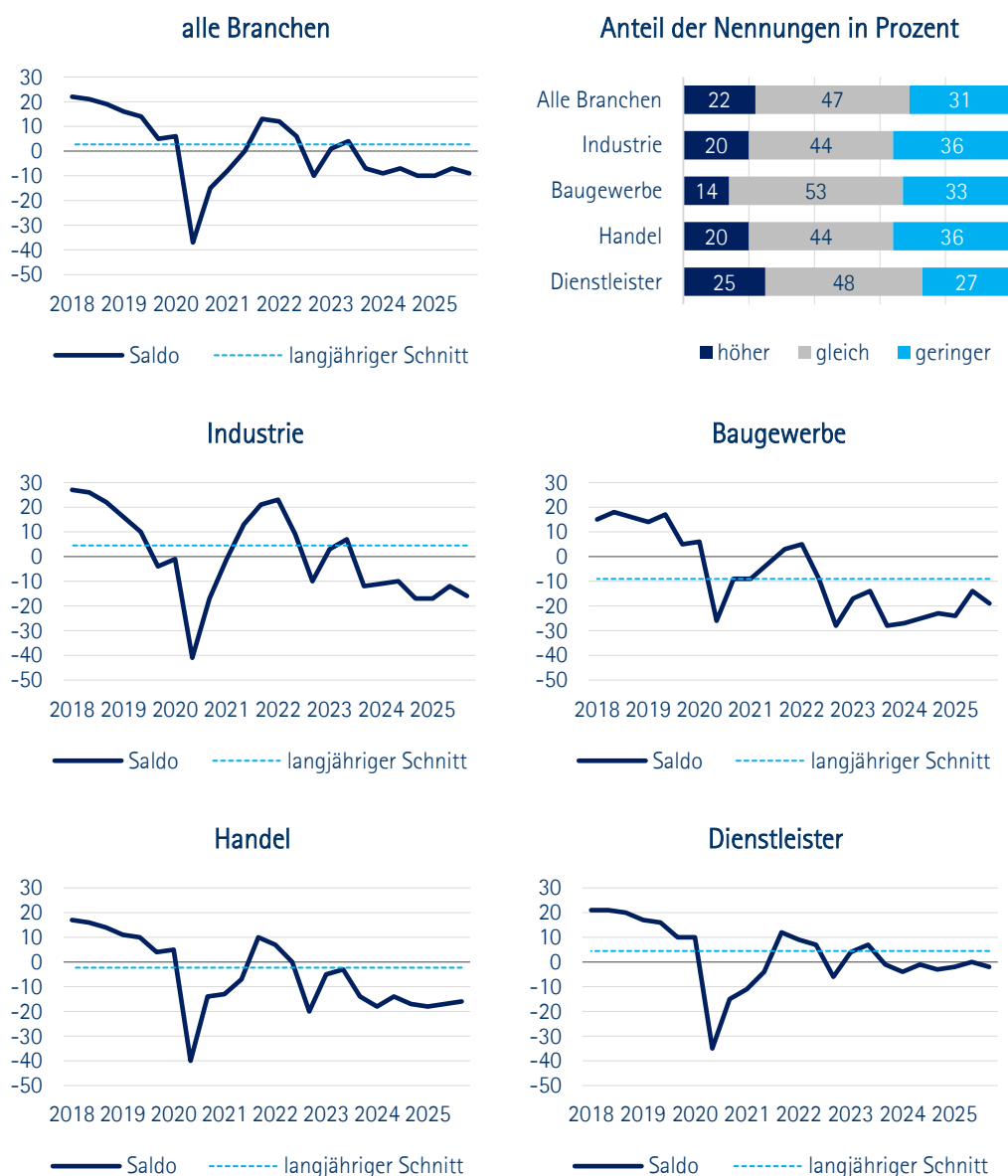
(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Bei den Investitionsmotiven gibt es kaum Veränderungen gegenüber der Vorumfrage aus dem Frühsommer. Die schwache Konjunktur, strukturelle Herausforderungen am Standort und geopolitische Unsicherheiten führen dazu, dass Unternehmen bei der Ausweitung ihrer Kapazitäten Vorsicht walten lassen, Investitionen in den Umweltschutz zurückfahren und stattdessen eher in den Erhalt bestehender Strukturen investieren. Die häufigsten Beweggründe bleiben der Ersatzbedarf (gleichbleibend 67 Prozent), die Rationalisierung (gleichbleibend 33 Prozent) und Produktinnovationen (gleichbleibend 28 Prozent). Zur Kapazitätserweiterung wollen wie zuletzt nur 19 Prozent der Unternehmen investieren. Zudem nimmt der Anteil an Unternehmen, die aus Umweltschutzgründen investieren wollen, weiter ab und liegt mit 18 Prozent deutlich unter dem Höchststand von 29 Prozent im Frühsommer 2023.

Investitionsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)

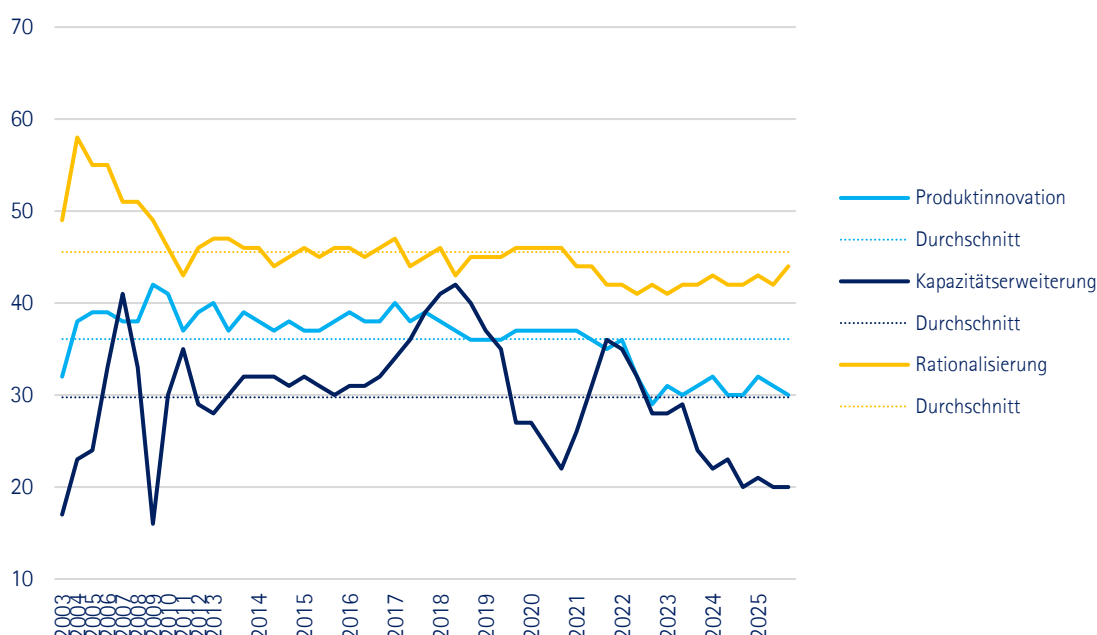


Die Investitionspläne der **Industrie** bleiben restriktiver als in der Gesamtwirtschaft. Mehr als ein Drittel der Industriebetriebe will Investitionen zurückfahren (36 Prozent nach zuvor 34 Prozent). Hingegen planen nur 20 Prozent (nach zuvor 22 Prozent), ihre Investitionen auszuweiten. Der Saldo der Investitionsabsichten der Industrieunternehmen sinkt von minus zwölf auf minus 16 Punkte. Das ist nur ein Saldopunkt mehr als noch vor einem Jahr und liegt deutlich unter dem langjährigen Industriemittel (plus vier Punkte). Die Investitionszurückhaltung zeigt sich auch bei den Investitionsmotiven. Zwei Drittel der Unternehmen geben den Ersatzbedarf und 44 Prozent die Rationalisierung als Investitionsgrund an. Damit liegt der Fokus der Unternehmen weiterhin auf dem Substanzerhalt und Kosteneinsparung.

Besonders bedenklich ist, dass in traditionellen Kernbranchen die Investitionsabsichten weiter nachgeben, wie zum Beispiel im Kraftfahrzeugbau (Saldo von minus 33 nach minus 17 Punkten), in der Gummi- und Kunststoffindustrie (Saldo von minus 24 nach minus 16 Punkte) sowie im Maschinenbau (Saldo von minus 21 nach minus 16 Punkten) oder der Chemischen Industrie (minus 11 nach plus 3 Punkten). Positiv heraus stechen allerdings die Energieversorger. Der anhaltend hohe Investitionsbedarf zur Bewältigung der Energiewende schlägt sich in einem Investitionssaldo von 34 Punkten nieder. Das sind zwar weniger als noch im Frühsommer (Saldo von 52 Punkte), aber immer noch deutlich mehr als der langjährige Branchendurchschnitt (20 Punkte). Mit 48 Prozent ist bei Energieversorgern die Kapazitätsausweitung der zweithäufigste Investitionsgrund (nach Ersatzbedarf mit 55 Prozent).

Investitionsmotive in der Industrie

(Anteil in Prozent, Mehrfachnennungen möglich, 2003 bis 2012 Befragung jährlich, ab 2012 3x jährlich)



Hauptmotive für Investitionen im Inland

(in Prozent; Mehrfachantworten sind möglich, in Klammern Durchschnitt seit 2003)

	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätsausweitung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Alle Branchen	33 (33)	28 (30)	19 (26)	18 (16)	67 (65)
Industrie	44 (46)	30 (36)	20 (30)	23 (22)	66 (63)
Baugewerbe	24 (25)	17 (17)	18 (19)	14 (14)	79 (80)
Handel	34 (30)	23 (24)	17 (24)	13 (14)	66 (63)
Dienstleistungen	28 (27)	29 (29)	20 (24)	17 (15)	65 (64)

Auch im **Dienstleistungssektor** verschlechtern sich die Investitionspläne etwas gegenüber dem Frühsommer (Saldo sinkt von null auf minus zwei Punkte). Dennoch fallen die Pläne erneut deutlich besser aus als in der Gesamtwirtschaft (minus neun Punkte). Insgesamt beabsichtigt ein Viertel (25 Prozent) der Dienstleister, Kapitalbudgets aufzustocken, wogegen 27 Prozent der Betriebe Investitionen kürzen wollen. Deutlich überdurchschnittliche Investitionsabsichten haben dabei die Finanz- und Versicherungsdienstleister. Der Saldo sinkt zwar gegenüber der Vorumfrage um sechs auf 20 Punkte. Er liegt aber immer noch über dem langjährigen Branchendurchschnitt von neun Punkten und nur um einen Saldopunkt unter dem Vorjahreswert. Bei den Anbietern von Leasing- und Vermietungsdienstleistungen sind die Investitionspläne weit weniger restriktiv als noch vor einem Jahr. Zwar sinkt der Saldo gegenüber dem Frühsommer um zwei auf minus sechs Punkte. Das ist jedoch noch immer mehr als der Saldo im Herbst 2024 (minus 22 Punkte). Auch im Bereich Verkehr und Lagerei melden die Unternehmen einen leichten Rückgang bei den Investitionsabsichten von zwei Punkten auf einem Saldo von minus sieben Punkte. Im Gastgewerbe möchten 24 Prozent der Betriebe ihr Investitionsvolumen erhöhen und 37 Prozent verringern. Das führt zu einem höheren Saldo als in der Vorumfrage (Saldo steigt von minus 18 auf minus 13 Punkte), bleibt aber deutlich hinter den Durchschnittswerten des Gastgewerbes zurück (Saldo von plus vier Punkten).

Auch bei den Dienstleistern ist der Ersatzbedarf das wichtigste Investitionsmotiv (65 Prozent), hingegen wollen nur wenige (20 Prozent) in die Ausweitung der Kapazitäten investieren. Abweichend davon steigt der Anteil der Betriebe, die den Kapazitätsausbau vorantreiben wollen bei Leasingfirmen und Anbieter von Vermietungsdienstleistungen (33 nach 26 Prozent) sowie im Bereich Gesundheits- und sozialen Dienste (29 nach 24 Prozent) deutlich an.

Im **Handel** verharren die Investitionspläne seit bald zwei Jahren auf einem sehr niedrigen Niveau. Aktuell will nur jeder fünfte Handelsbetrieb (20 Prozent) sein Investitionsbudget ausweiten, während 36 Prozent Kürzungen vornehmen. Der Saldo liegt mit minus 16 Punkten nur um einen Saldopunkt über dem Wert des Vorjahrs und der Vorumfrage. Insgesamt stehen wie in den anderen Branchen auch im Handel die Ersatzinvestitionen deutlich im Vordergrund (66 nach 67 Prozent). Mehr als ein Drittel der Händler (34 Prozent) planen auch in Rationalisierung investieren, höher lag dieser Anteil zuletzt vor 20 Jahren (36 Prozent im Herbst 2005).

Konnte das **Baugewerbe** in der Vorumfrage seine Investitionspläne noch am stärksten nach oben schrauben, setzt jetzt eine Gegenbewegung ein. 14 Prozent planen ihr Investitionsbudget zu erhöhen, 33 Prozent rechnen mit Kürzungen. Die Investitionsabsichten sinken von minus 14 auf minus 19 Punkte. Dabei ist das Investitionsklima im Tiefbau (minus 11 Punkte) insgesamt besser als im Hochbau (minus 25 Punkte, zuvor minus 17). Das angekündigte Sondervermögen scheint im Bau noch keine Impulse zu setzten. Lediglich die leichte Zunahme beim Anteil der Tiefbaubetriebe, die ihre Kapazitäten ausweiten möchten (von 20 Prozent auf 22 Prozent), könnte darauf hindeuten, dass sich der Tiefbau auf zunehmende öffentliche Aufträge vorbereitet.

Ein Blick in die verschiedenen **Unternehmensgrößenklassen** zeigt, dass großen Unternehmen (mehr als 1.000 Beschäftigte) mit ihren überwiegend expansiven Investitionsplänen positiv herausstechen: Während knapp jeder dritte Betrieb (31 Prozent nach zuvor 33 Prozent) mit steigenden Investitionen plant, wollen hier 23 Prozent weniger investieren (Vorumfrage: 22 Prozent). Der Saldo sinkt gegenüber dem Frühsommer leicht um drei auf aktuell plus acht Punkte. Der Saldo liegt vier Punkte unter dem langjährigen Durchschnitt. Deutlich restriktiver fallen die Investitionspläne hingegen der kleinen und mittleren Unternehmen aus: Unternehmen bis 200 Mitarbeiter sind mit minus zehn Saldopunkten (nach zuvor minus neun Punkten) auch im Herbst zurückhaltender als der Schnitt der Gesamtwirtschaft (Saldo von minus neun). Der Saldo der Betriebe mit 200 bis 1.000 Beschäftigten liegt mit minus drei Punkten mittlerweile auch im negativen Bereich (zuvor plus einen Punkt).

Auch innerhalb der großen Unternehmen gibt es jedoch branchenspezifische Unterschiede: Die Investitionspläne der Industriebetriebe mit mehr als 1.000 Beschäftigten drehen ins Negative. Der Saldo sinkt von plus drei im Frühsommer auf minus sechs Punkte. Das liegt deutlich unter dem langjährigen Industrieschnitt von plus neun Punkten. Die Großunternehmen des Dienstleistungssektors – überwiegend Finanz-, Versicherungs- oder Unternehmensdienstleister – weiten hingegen ihre Investitionsbudgets leicht aus, der Saldo steigt um zwei auf 25 Punkte, was deutlich über dem langjährigen Schnitt liegt (Saldo 15 Punkte). Unabhängig von der Branche sind die wichtigsten Investitionsmotive bei Großunternehmen der Ersatzbedarf (Gesamtwirtschaft 65 Prozent, Industrie 68 Prozent, Dienstleister 58 Prozent) und Rationalisierung (Gesamtwirtschaft 46 Prozent, Industrie 48 Prozent, Dienstleister 44 Prozent).

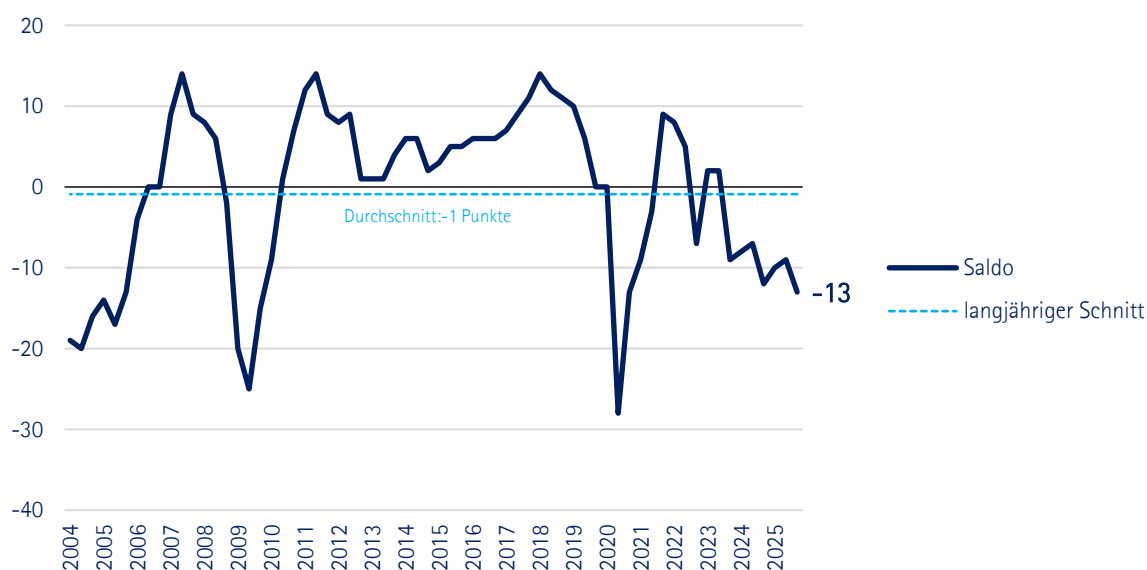
Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

Die andauernde wirtschaftliche Schwächephase und die trüben Geschäftserwartungen schlagen auf die Beschäftigungspläne der Unternehmen durch. Elf Prozent planen ihren Personalbestand auszuweiten (zuvor 13 Prozent), während 24 Prozent von einem Rückgang ausgehen (zuvor 22 Prozent). Der Saldo liegt mit minus 13 Punkten auf dem tiefsten Stand seit der Corona-Pandemie. Gegenüber der Vorumfrage zum Frühsommer bedeutet dies ein Rückgang um vier Punkte, gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um einen Saldopunkt. Der langjährige Schnitt liegt bei minus einen Punkt.

Neben der schwachen Wirtschaftsentwicklung und der erheblichen Unsicherheiten wie den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, geopolitischen Risiken oder den Entwicklungen im Welthandel stehen häufig auch die hohen Arbeitskosten einem Beschäftigungsaufbau im Wege. Letztere haben sich zu einem der am häufigsten genannten Geschäftsrisiken entwickelt (56 Prozent) – gerade in personalintensiven Branchen. Von den Unternehmen, die mit weniger Personal planen, sehen sogar 68 Prozent in den Arbeitskosten ihr zentrales Geschäftsrisiko. Nicht zuletzt die Anhebung des Mindestlohns lassen viele Unternehmen hinsichtlich ihrer Personalpläne vorsichtig agieren. Nicht nur die davon direkt betroffenen Löhne, sondern auch der durch eine Erhöhung erzeugte Druck auf höhere Lohngruppen und damit auf das Lohngefüge insgesamt spielen hierbei eine Rolle.

Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



In der **Industrie** stehen die Zeichen weiterhin auf Beschäftigungsabbau. Nur jeder zehnte Betrieb (gleichbleibend elf Prozent) rechnet mit mehr Beschäftigten. Der Anteil der Industriebetriebe, die mit weniger Personal planen nimmt von 28 auf 32 Prozent zu. Der Saldo sinkt um vier auf minus 21 Punkte. Das ist der niedrigste Wert seit der Corona-Pandemie. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Pläne um einen Saldopunkt verringert (minus 20 Punkte im Frühsommer 2024).

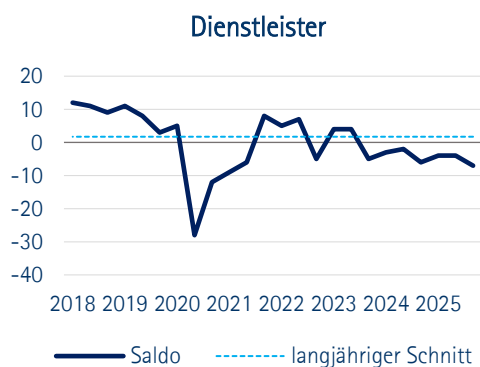
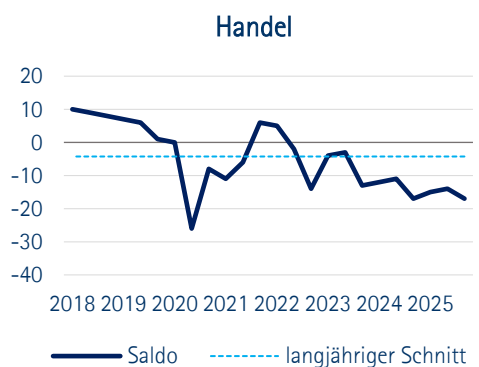
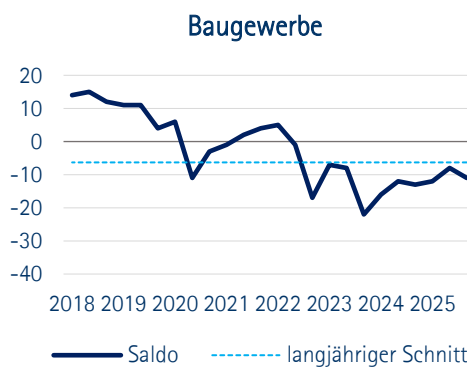
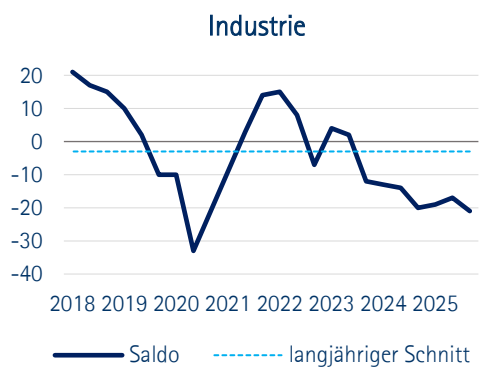
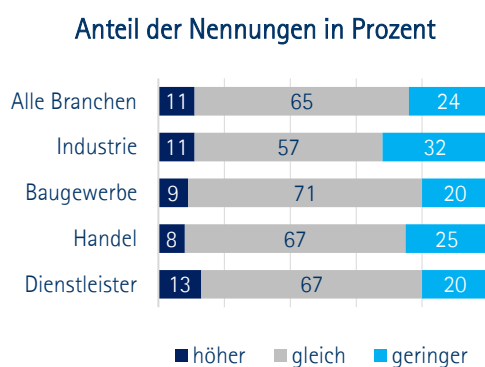
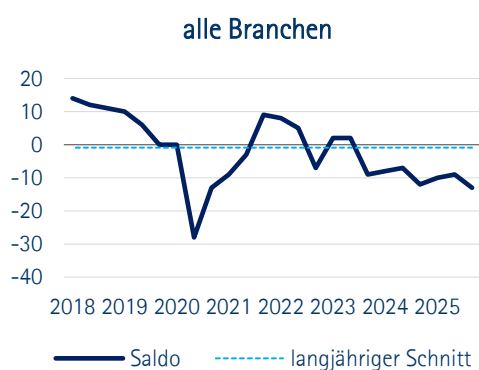
Besonders angespannt bleibt die Beschäftigungsentwicklung in wichtigen Kernbereichen der deutschen Industrie. Im Maschinenbau verringern sich die Pläne von minus 20 auf minus 22 Punkte, im Werkzeugmaschinenbau gibt es eine Saldoverbesserung auf sehr niedrigem Niveau (minus 45 Punkte, zuvor minus 51). Dennoch planen nur noch fünf Prozent der Unternehmen mit mehr Personal, 50 Prozent gehen indes von Abbau aus. Im Kraftfahrzeugbau rutscht der Beschäftigungssaldo weiter ab, von minus 38 auf minus 51 Punkte. Konjunkturlaute und Strukturwandel, hohe Energiepreise sowie ein schwacher Außenhandel, der zudem von hohen Unsicherheiten geprägt ist, machen sich hier stark bemerkbar. Zu den wenigen Industriebranchen, die noch überwiegend mit einem Personalaufbau planen, zählen die Energieversorger und die Pharmazeutische Industrie, wenngleich sich auch hier die Beschäftigungspläne deutlich eingetrübt haben. Bei den Energieversorger fällt der Saldo von 26 auf nun

sieben Punkte. In der Pharmaindustrie, wo Unternehmen zuvor noch deutlichen Personalaufbau bekundet hatten, sinkt der Beschäftigungssaldo von 19 auf vier Punkte. Unternehmen aus dieser Industriebranche sind besonders von den Zollandrohungen der USA betroffen.

Im **Baugewerbe** nehmen die Einstellungsabsichten etwas ab. Der Rückgang um drei auf minus elf Saldopunkte liegt allerdings im saisonüblichen Bereich. Gegenüber dem Vorjahr zeigt sich immerhin ein Plus von zwei Punkten. Der langjährige Schnitt liegt bei minus sechs Punkten. Der Tiefbau schneidet bei den Beschäftigungsabsichten innerhalb des Bausektors noch am besten ab. Der Saldo liegt mit minus acht Punkten (nach minus drei Punkten in der Vorumfrage) nur knapp unter dem langjährigen Durchschnitt (minus sieben Punkte). Gerade das von der neuen Bundesregierung für die kommenden Jahre geplante Sondervermögen für Infrastrukturinvestitionen dürfte die Nachfrage nach Tiefbauleistungen und entsprechendem Personal steigern. Fehlende Arbeits- und Fachkräfte sind aber auch im Bau ein spezifischer Engpassfaktor – hier liegt der Anteil der Unternehmen, für die der Fachkräftemangel ein bedeutendes Geschäftsrisiko ist, mit 59 Prozent deutlich über dem Schnitt der Wirtschaft insgesamt (45 Prozent).

Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Die Einstellungsabsichten der **Dienstleister** sinken im Vergleich zur Vorumfrage um drei Saldopunkte auf minus sieben, was im Vorjahresvergleich einen Rückgang um einen Punkt bedeutet. 13 Prozent wollen ihren Personalbestand ausweiten, 20 Prozent rechnen mit einem Abbau. Im Gastgewerbe rechnen die Betriebe überwiegend mit einem schrumpfenden Mitarbeiterzahlen. Der Saldo sinkt gegenüber der Vorumfrage um vier auf minus 21 Punkte. Das sind auch zwei Punkte weniger als noch vor einem Jahr. Besonders die Personalkosten belasten die Stellenpläne im Gastgewerbe. Die Anhebung des Mindestlohns ist eine Herausforderung für die Branche. Die Finanz- und Versicherungsdienstleister haben dagegen schwach positive Beschäftigungspläne. Der Saldo liegt mit einem Punkt (zuvor sechs Punkte) zwar nur knapp über der Null-Linie, aber im Vergleich zum langjährigen Branchenschnitt von minus 14 Punkte stehen die Zeichen in der Branche eher auf Personalzuwachs. Im Bereich Verkehr und Lagerei sind die Beschäftigungspläne unterdurchschnittlich. Der Saldo liegt bei minus elf Punkten. Das ist geringfügig um einen Punkt höher als im Frühsommer und um sechs Punkte höher als im Vorjahr. Die Personalvermittler und Zeitarbeitsfirmen gehen ebenfalls von sinkenden Mitarbeiterzahlen aus. Der Saldo verharrt bei minus fünf Punkten. Der langjährige Durchschnitt liegt mit plus 19 Punkten deutlich darüber. Das deutet darauf hin, dass auf dem Arbeitsmarkt kurzfristig nicht mit einer Trendwende zu rechnen ist.

Im **Handel** belasten hohe Arbeitskosten auf der einen Seite und die Konsumzurückhaltung aufgrund der Unsicherheit auf der anderen Seite die Beschäftigungspläne der Betriebe. Während acht Prozent der Betriebe mit mehr Personal planen, gehen 25 Prozent von einem Rückgang aus. Der Saldo sinkt um drei Punkte auf das Niveau des Vorjahres (minus 17 Punkte). Die Unterschiede zwischen Einzelhandel (Saldo sinkt von minus 13 auf minus 17 Punkte) und Großhandel (Saldo sinkt von minus 14 auf minus 18 Punkte) sind hier gering.

DIHK-Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr, in Prozent, preisbereinigt, verkettet

	2024	DIHK-Prognose 2025	DIHK-Prognose 2026
BIP	-0,5	0,0	0,7
Private Konsumausgaben	0,5	1,0	0,5
Konsumausgaben des Staates	2,6	2,0	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	-3,3	-0,8	1,6
– Ausrüstungen	-5,4	-2,5	0,5
– sonstige Anlagen	0,2	4,0	3,5
– Bauten	-3,4	-1,5	1,5
Export (Waren und Dienstleistungen)	-2,1	-1,0	0,5
Import (Waren und Dienstleistungen)	-0,6	3,0	1,5
Erwerbstätige (Veränderung in Tausend)	+52	0	-50
Verbraucherpreise	2,2	2,2	2,2

Fragenbogen Herbst 2025

Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage Ihres Unternehmens?

- gute Geschäftslage
- befriedigende Geschäftslage
- schlechte Geschäftslage

Mit welcher Entwicklung rechnen Sie für Ihr Unternehmen in den kommenden 12 Monaten?

- bessere Geschäftslage
- gleichbleibende Geschäftslage
- schlechtere Geschäftslage

Wo sehen Sie die größten Risiken bei der wirtschaftlichen Entwicklung Ihres Unternehmens in den kommenden 12 Monaten? (Mehrfachantworten sind möglich)

- Inlandsnachfrage
- Auslandsnachfrage
- Finanzierung
- Arbeitskosten
- Fachkräftemangel
- Wechselkurs
- Energie- und Rohstoffpreise
- Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Mit welcher Entwicklung der Exporte rechnen Sie für Ihr Unternehmen in den kommenden 12 Monaten?

- höhere Exporte
- gleichbleibende Exporte
- geringere Exporte

Wie werden sich die Ausgaben Ihres Unternehmens für Investitionen im Inland in den kommenden 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höhere Ausgaben
- gleichbleibende Ausgaben
- geringere Ausgaben

Welche sind die Hauptmotive, die Ihr Unternehmen seinen geplanten Investitionen im Inland für die kommenden 12 Monate zugrunde legt? (Mehrfachantworten sind möglich)

- Rationalisierung
- Produktinnovation
- Kapazitätsausweitung
- Umweltschutz
- Ersatzbedarf

Wie wird sich die Beschäftigtenzahl Ihres Unternehmens im Inland in den kommenden 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höhere Beschäftigtenzahl
- gleichbleibende Beschäftigtenzahl
- geringere Beschäftigtenzahl

Methodik

Grundlage für die DIHK-Ergebnisse sind Befragungen der Unternehmen durch insgesamt 79 IHKs. Im Herbst 2025 haben die IHKs rund **23.000 Antworten** ausgewertet. Die regionalen Auswertungen der IHKs können Sie auch im Internet unter www.dihk.de/konjunktur abrufen.

Nach Wirtschaftszweigen verteilen sich die Antworten auf die Industrie (26 Prozent), die Bauwirtschaft (sieben Prozent), den Handel (21 Prozent) und die Dienstleister (47 Prozent). Die Einteilung der Branchen und Wirtschaftszweige in der DIHK-Konjunkturumfrage basiert auf der Klassifikation der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes (WZ). Dabei wird bis zur Umfrage im Frühsommer 2025 die WZ 2008 verwendet. Ab Herbst 2025 basiert die Einteilung auf der WZ 2025.

Nach Unternehmensgrößenklassen teilen sich die Antworten folgendermaßen auf: 39 Prozent Unternehmen mit bis zu neun Beschäftigten, 14 Prozent Unternehmen mit zehn bis 19 Beschäftigten, 37 Prozent Unternehmen mit 20 bis 199 Beschäftigten, sechs Prozent Unternehmen mit 200 bis 499 Beschäftigten, zwei Prozent Unternehmen mit 500 bis 999 Beschäftigten, zwei Prozent Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten.

Die IHKs gestalten ihre Stichprobe so aus, dass ein repräsentatives Stimmungsbild der gewerblichen Wirtschaft vor Ort abgebildet ist (branchen-, regionen- sowie unternehmensgrößenbezogen geschichtete Stichprobe). Die Aggregation auf Bundesebene erfolgt über eine regionale und branchenbezogene Gewichtung. Die Antworten der regelmäßigen Konjunkturfragen (siehe Fragebogen) von Betriebsstätten mit mehr als 500 Beschäftigten sind mit dem Faktor 2 und die Antworten von Betriebsstätten mit mehr als 1.000 Beschäftigten mit dem Faktor 3 gewichtet. Bei den Geschäftsrisiken wird auf die Gewichtung nach Größenklassen verzichtet. Bei Zusatzfragen wird die Größenklassen-Gewichtung dann unterlassen, wenn der ungewichtete Anteil der Unternehmen aussagekräftiger ist.

Bei der Frage nach den Geschäftsrisiken können die Unternehmen zu der Antwortoption „Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen“ einen Freitext verfassen. In der aktuellen Umfrage lagen rund 6.000 Freitextantworten vor. Diese wurden anhand der genannten Begriffe und behandelten Themen möglichst trennscharf kategorisiert. Die häufigsten Antworten sind als Wortwolke dargestellt. Je größer ein Begriff ist, desto höher ist die Anzahl der Freitextantworten zu diesem Thema.

Der IHK-Konjunkturklimaindikator wird als geometrisches Mittel der Lage- und Erwartungssalden berechnet. Der Indikator hat demnach folgende mathematische Form:

$$\sqrt{(L_1 - L_3 + 100) * (E_1 - E_3 + 100)}$$

, wobei L_1 den Anteil der Unternehmen mit guter Lageeinschätzung darstellt, L_3 den Anteil der Unternehmen mit schlechter Lageeinschätzung, E_1 den Anteil der Unternehmen mit besseren Geschäftserwartungen und E_3 den Anteil der Unternehmen mit schlechteren Erwartungen.

Die Umfrage hat **vom 08.09.2025 bis 02.10.2025** stattgefunden.